Dienstag, 3. August 1926. Einzelnummer 25 Groschen mit illustrierter Beilage 40 Gr. 65. Jahrgang. Nr. 174.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)
mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Erscheint an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr. Auslandinserate: 100% Aufschlag.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 5.— zł, bei den Ausgabestellen 5.25 zł, durch Zeitungsboten 5.50 zł, durch die Post 5.— zł ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4.— Goldmark einschließlich Postgebühr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Deutsche Stellungnahme im Senat.

Rede des Senators Hasbach zu den Gesetzentwürfen über die Vollmachten für den Staatspräsidenten und Aenderung der Konstitution (Senatssitzung vom 31. Juli).

Warschau, 31. Juli. Das Programm, das der Herr Premier gestern entrollte, ist so enorm, daß selbst, wenn diese Regierung ein längeres Leben haben sollte als ihre Vorgänger, die Durchführung aller ihrer Pläne kaum gelingen dürfte. Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist zweifellos die angekündigte Reorganisation des Verwaltungsapparates. Das Versagen der bisherigen Regierungen, die Mißerfolge auf innen- und außenpolitischem Gebiete sind eben durch dieses Nichtfunktionieren der Regierungsmaschine begründet. Die Erziehung des Beamtenapparates zur unbedingten Disziplin, zur Unterordnung unter die Befehle der Zentralregierung ist grundlegendes Erfordernis. Es geht nicht an, daß jeder Unterbeamte Gesetze und Verordnungen nach seiner eigenen politischen Einstellung interpretiert und die Schärfe des Gesetzes je nachdem angewandt wird, ob das Objekt dem Mehrheitsvolk oder den Minderheiten angehört. Ich mache die Regierung darauf aufmerksam, daß diese unterschiedliche Behandlung der Nationalitäten vor allen Dingen behoben werden muß, wenn je ein Vertrauensverhältnis zur Regierung und ihren Organen erwartet wird. Wir haben Beweise dafür, daß bei der Steuereintreibung desgleichen mit zweierlei Maß gemessen wird. Ganz besonders finden Reklamationen wohlwollende oder nichtwohlwollende Berücksichtigung, je nachdem ob sie von polnischer oder von deutscher Seite kommen. Leider muß ich feststellen, daß sogar das Vertrauen zu unseren Gerichten, besonders erster Instanz, schwer gelitten hat. Sind wir doch auch dort Zeugen von Urteilen, die nicht ganz frei von Parteilichkeit sind und einen gewissen chauvinistischen Einfluß von außenher erkennen lassen. Wir beschließen heute Verbesserungen zur Verfassung. Gewiß, jede Verfassung ist verbesserungsfähig. Als das Wichtigste erachten wir jedoch den Schutz der nun mal bestehenden Verfassung. Die in der Verfassung verbrieften Rechte müssen allen Staatsbürgern, ohne Rücksicht auf Nationalität oder Konfession, gesichert werden. Hier liegt viel im argen, und eine starke Regierung wird hier den Hebel zunächst anzusetzen haben. Sind einmal die Rechtszustände im Staate geordnet und gesichert, dann kommt das Vertrauen des Volkes und der übrigen Welt zum Staate von selbst. Dies Vertrauen ist die Grundlage der wirtschaftlichen Gesundung; materieller Kredit und moralischer Kredit hängen im Staatenleben eng zusammen. Die Sanierung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage im Staate ist wohl das schwierigste Problem. Wir brauchen eine stabile Währung und langfristigen Kredit zu billigem Zinsfuß. Ich begrüße die Erklärung des Ministerpräsidenten, wonach er der Landwirtschaft seine besondere Sorgfalt widmen will. Auch hier gilt es, das mit der Zeit durch Inflation und übermäßige Besteuerung verloren gegangene Betriebskapital durch billige Kredite zu ersetzen. Besonders für Polen gilt der alte Spruch: Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt. Industrie und Handel werden von dem Aufschwung der Landwirtschaft die größten Vorteile haben, und die Arbeitslosigkeit wird sich verringern. Der Ministerpräsident hat gestern das Minderheitenproblem nicht berührt. Hält er diese Frage nicht für wichtig genug, um sich auch in diesem Hause darüber auszulassen? Die Minderheitenfrage hat längst aufgehört, eine Frage der Einzelstaaten zu sein. Sie ist eine europäische, und sie wird eine Weltfrage werden. Die Regierung eines Staates, der aus so vielen Nationalitäten zusammengesetzt ist, wie Polen, muß dieser Frage ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wie man im Auslande die Stellung der heutigen Regierung zu den deutschen Minoritäten beurteilt, geht aus einem Artikel des bekannten Historikers Prof. Hoetzsch hervor, den er vor einigen Tagen im „Tag“ brachte. Dort heißt es u. a.: „Man dachte, als Piłsudski die Macht in die Hand nahm, daß er eine liberalere Minderheitenpolitik machen werde.“ Diese Hoffnung ist aufzugeben, und zum Schluß heißt es: „So wird die Regierung Piłsudski den Minderheiten keine Erleichterung bringen.“

Wir müssen erwarten, daß die Regierung diese Meinung des Auslandes Lügen strafen wird. Auch in diesem Hause erheben wir die Forderung der kulturellen Autonomie für die Deutschen in Polen. Es ist ein grundlegender Irrtum, daß die Kulturautonomie eine Bedrohung der Staatsautorität bedeutet. Im Gegenteil, die Kulturautonomie soll im Staate verankert sein und sich unter dem Schutze des Staates entfalten. Die Gewährung der freien und ungehinderten Entwicklung der kulturellen Eigenart jedes Volkes ist das einzige Mittel, wie man zufriedene Staatsbürger schafft. (Siehe Amerika!) — Wir erwarten auch die Anerkennung der Zweisprachigkeit in den Gebieten, in denen Minderheiten in größerer Anzahl wohnen. Das „Niech żyje Polska!“ klingt ebenso gut in deutscher Sprache, wenn es nur von Herzen kommt. Es kann aber nur von Herzen kommen, wenn alle Bedrückungen und Schikanen der Minderheiten aufhören und das Recht stabilisiert wird, wie ein rocher de bronze.

Unter den heutigen Verhältnissen kann uns kein Mensch verdenken, wenn wir auch dieser Regierung gegenüber Zurückhaltung bewahren und erst abwarten, was sie uns bringt, bevor wir uns entschließen, ihr unser Vertrauen auszusprechen, und deshalb werden wir gegen diese beiden Gesetze stimmen.

Die Diskussion im Senat.

Im Verlauf der weiteren Diskussion des Senats über die Verfassungsänderungen und die Regierungsvollmachten, die am Sonnabend fortgesetzt wurde, ergriff der Senator **Posner** von der Sozialistenpartei das Wort. Das Vollmachtsgesetz sei ein Anschlag gegen die Idee der Teilung der Gewalten und gegen das demokratische System in Polen. Deshalb werde seine Partei nicht für das Gesetz stimmen.

Senator **Zdanowski** vom Nationalen Volksverband sagte, daß es in der Verfassung mehrere Dinge gebe, die die Arbeit des Parlaments erschwerten. Das zu niedrige Wahlalter, die Privilegien für Vertreter der parlamentarischen Körperschaften und die grenzenlose Proportionalität. Das Gesetz beseitige die Mängel in fragmentarischer Weise, statt einer gründlichen Reform der Verfassung. Der Klub des Redners werde gegen die Vollmachten stimmen.

Senator **Thullie** von der Christlichen Demokratie erklärte, daß die Nichtanpassung der Wahlordnung an die Kultur der Wähler einen Mangel für die parlamentarische Arbeit darstelle. Die Aufhebung der Proportionalität sei geboten. Sein Klub werde für die Vollmachten stimmen, in der Hoffnung, daß der Premier das angekündigte Programm durchführen würde.

Senator **Banaszek** von der Nationalen Arbeiterpartei sieht ebenfalls Fehler in den Bestimmungen über die Wahlordnung, die die Bildung einer ständigen parlamentarischen Mehrheit unmöglich machten. Der Redner spricht sich gegen das Vollmachtsgesetz aus, da er der Meinung ist, daß die Regierung nicht die betreffenden Vertrauensbeweise erbracht habe, die für so weitgehende Vollmachten nötig seien.

Senator **Czerkawski** erklärt im Namen des weißrussischen und des ukrainischen Klubs, daß diese Klubs gegen beide Gesetze stimmen werden.

Senator **Koskowski** vom Nationalen Volksverband weist auf die Kommissionsbeschlüsse über das Zweikammersystem hin und sagt, daß diese Beschlüsse einen kühnen Fortschritt in der Richtung der Verwirklichung des Zweikammerprinzips bedeuteten.

Senator **Hasbach** von der Deutschen Vereinigung hielt die an der Spitze angegebene Ansprache.

In der Abstimmung wurden alle Anträge, die eine Ausgleichung der Rechte zwischen Sejm und Senat erstreben, mit 63 gegen 25 Stimmen angenommen, also mit der in der Verfassung verlangten Zweidrittelmehrheit; darunter befindet sich ein Abänderungsvorschlag, der den Senat bezüglich des Rechts der Auflösung der gesetzgebenden Kammern mit dem Sejm gleichstellt. Die übrigen Abänderungsvorschläge erlangten nicht die erforderliche Mehrheit. Die Beschränkung der Unantastbarkeit der Abgeordneten wurde mit 55 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Den Antrag des Senators Kasznica auf Streichung der Proportionalität der Wahlen lehnte die Kammer mit 50 gegen 39 Stimmen ab. Dasselbe betraf den Antrag auf Einberufung eines Verfassungstribunals, der ein Stimmenverhältnis von 50 zu 35 erlangte. Die Erhöhungen der Altersgrenzen für das aktive und passive Wahlrecht wurden desgleichen verworfen.

Der Senat ging dann zum Vollmachtsgesetz über. Zu Artikel 2, der die Angelegenheiten aufzählt, die im Wege einer Verfügung des Staatspräsidenten nicht normiert werden können, nahm man zwei Abänderungsvorschläge der Kommission an, von denen der erste durch die Streichung des Artikels 69 der Verfassung aus dem Bereich der Ausschaltungen die Vollmachten auf die in diesem Artikel vorgesehenen Angelegenheiten erweitert, die von der Teilung der Einkünfte zwischen Fiskus und Selbstverwaltung handeln. Die zweite Abänderung ermächtigt den Präsidenten zum Verkauf, Austausch und zur Belastung immobilen Staatsvermögens. Ein angenommener Abänderungsvorschlag des Senators Thullie betrifft die Ausschaltung der Schulgesetze aus dem Bereich der Vollmachten, aber nur auf dem Gebiete des Volks- und Mittelschulwesens. Angenommen wurde ferner ein Abänderungsvorschlag des Senators Hempel, der Antialkoholgesetze von den Vollmachten ausschaltet. Die übrigen Vorschläge wurden abgelehnt.

Der Marschall schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß die **nächste Sitzung des Senats im September stattfinden werde**, wenn nicht eine frühere Einberufung nötig würde.

Verletzung der Verfassung.

Interpellation

des Abgeordneten Graebe von der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat und Genossen an den Innenminister betr. die unbegründete Nichtbestätigung der vom Gemeinderat gewählten Schöffen in der Gemeinde Chrosna, pow. Bydgoszcz.

Anfang März d. J. fanden entsprechend der Verfügung des Ministeriums des ehemals preußischen Teilgebiets vom 25. 3. 20 betr. die Abänderung der Verfügungen der preußischen Landordnung vom 3. 7. 91 in der Gemeinde Chrosna, pow. Bydgoszcz, die Wahlen zum Gemeinderat statt. Aus den hierbei gewählten acht Gemeinderatsvertretern hatten sich entsprechend der oben genannten Landordnung zu rekrutieren der Gemeindevorsteher und die beiden Beisitzer (Schöffen). Der Gemeinderat wählte zum Gemeindevorsteher Herrn Solas aus Chrosna, den Gutsbesitzer Heinrich Linde zum ersten und den Besitzer Karl Otto zum zweiten Schöffen. Herr Linde bekleidete das Amt des ersten Schöffen schon seit etwa 20 Jahren und ist auch während der sieben Jahre des Bestehens des polnischen Staates im Amt gewesen. Schon drei Tage nach der Wahl der Schöffen ging beim Schulzen die Mitteilung ein, daß die beiden Schöffen nicht die Bestätigung erhalten hätten, ohne daß bekannt geworden wäre, daß eine Sitzung des über die Ablehnung oder Bestätigung zunächst entscheidenden Kreisausschusses in der kurzen, seit der Wahl verstrichenen Zeit stattgefunden habe. Bei der auf Grund dieser Mitteilung angesetzten Neuwahl waren nicht alle Gemeinderatsmitglieder anwesend, so daß die Wahl nicht stattfinden konnte. Es wurde hierauf nochmals vom Gemeindevorsteher ein Termin zur Abhaltung der Neuwahl angesetzt, und bei dieser Wahl wurden wiederum die Herren Linde und Otto zum ersten resp. zweiten Schöffen gewählt. Mit Schreiben vom 16. 6. cr. L. dz. 3927/26 C. erhielt der Gemeindevorsteher die Nachricht, daß der Kreisausschuß in seiner Sitzung am 9. 6. 1926 beschlossen habe, auf Grund des § 84 der Gemeindeordnung die gewählten Schöffen nicht zu bestätigen. Von diesem Beschluß, gegen den innerhalb von 14 Tagen beim Wojewodschafts-Verwaltungsgericht in Posen Einspruch eingelegt werden konnte, wurde den Gemeinderatsvertretern ausweislich des vom Schulzen erlassenen Zirkulars erst am 23. 6. cr. Mitteilung gemacht. Am 3. 7. cr. legten 6 von den 8 Mitgliedern des Gemeinderates gegen die Ablehnung der Schöffen Einspruch ein und baten um Mitteilung der für die Ablehnung der Bestätigung maßgebenden Gründe. Ohne daß auf diesen Einspruch irgend welche Antwort erfolgte, wurden auf Anordnung des Starosten durch das Distriktsamt zum 14. 7. wiederum Neuwahlen angesetzt. Diese konnten nicht stattfinden, da der Gemeinderat nicht vollständig versammelt war. Es ist jedoch für die nächsten Tage mit der Anberaumung eines neuen Wahltages zu rechnen.

Das Verhalten des Kreisausschusses wie der Starostei stellt eine so krasse Verletzung des in der Verfassung festgelegten Wahlrechtes dar und bedeutet eine Verkehrung des dem System der Selbstverwaltung der Gemeinden zugrunde liegenden Gedankens in sein Gegenteil. Wenn aus wichtigen Gründen die Bestätigung der Schöffen Linde und Otto nicht erfolgen konnte, so wäre es die Pflicht des Kreisausschusses gewesen, diese Gründe dem Gemeinderat mitzuteilen. Die kurze, zwischen der ersten Wahl und der ersten Ablehnung liegende Zeit und die völlige Nichtachtung des fristgemäß eingelegten Protestes hat in der Gemeinde den Eindruck hervorrufen müssen, daß nur die Zugehörigkeit des ersten Schöffen, Herrn Linde, zur deutschen Minderheit für die Nichtbestätigung der Schöffen ausschlaggebend war. Da man sich zu einer solchen Verletzung der im Minderheitenschutzvertrage wie auch in der Verfassung des polnischen Staates proklamierten völligen Gleichberechtigung der Angehörigen einer nationalen Minderheit nicht bekennen wollte, erfolgte die Ablehnung ohne Mitteilung der Gründe. Die erst am 23. 6. cr. erfolgte Benachrichtigung der Gemeinderatsmitglieder von der dem Schulzen unter dem 12. 6. cr. mitgeteilten Ablehnung der Bestätigung kann nur von dem Wunsche diktiert worden sein, die fristgemäße Einreichung eines Einspruchs aussichtslos erscheinen zu lassen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß diese Frist erst vom Tage der Mitteilung der eventuell anzufechtenden Entscheidung an die zum Einspruch berechtigten Mitglieder des Gemeinderats zu laufen beginnt. Der am 3. 7. cr. abgesandte Einspruch ist demnach unter Wahrung der vorgeschriebenen Frist eingelegt worden und bis zu seiner Beantwortung ist die Ansetzung von Neuwahlen unrechtmäßig. Der Gemeinderat wird nicht eher auf die von ihm gewählten Schöffen verzichten, bis ihm triftige Gründe für die Nichtbestätigung mitgeteilt worden sind. Die Willkür, mit der ohne Rücksicht auf den erhobenen Einspruch immer wieder Neuwahlen angesetzt werden, hat in der Gemeinde die größte Erbitterung hervorgerufen.

Wir fragen den Herrn Minister an:

1. **Ist ihm die Verletzung der Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages und der Verfassung durch die Handhabung des Bestätigungsrechts der zu Gemeindevertretern Gewählten und die konsequente Ablehnung von Angehörigen der deutschen Minderheit bekannt?**
2. **Gedenkt er die Ausschreibung von Neuwahlen in der Gemeinde Chrosna so lange auszusetzen, bis für die Ablehnung der Herren Linde und Otto ausreichende Gründe beigebracht worden sind?**

Warschau, den 30. Juli 1926.

Die Interpellanten.

Die Spionageaffäre in Polen.

Berlin, 31. Juli. Zu den Veröffentlichungen der polnischen Presse über die Spionageangelegenheit wird vom deutschen Reichswehrministerium mitgeteilt, daß außer diesen Pressemeldungen im Ministerium keine weiteren Meldungen darüber vorlägen. Ein Hauptmann Kunisch existiere in der Reichswehr nicht und habe auch niemals existiert. Im Zusammenhang hiermit darf darauf hingewiesen werden, daß das Organ Piłsudskis selbst von der Angelegenheit abrückt. Es handelt sich hier nur um einen innerpolitischen Streitfall.

Warschau, 31. Juli. Anläßlich der Aufdeckung der Spionageorganisation in ukrainischen Kreisen erklärt der Piłsudski nahestehende „Głos Prawdy“, es sei ein Unsinn, solche Vorfälle als Aktion einzelner Nationalitäten — der ukrainischen oder der deutschen — darzustellen. Spionage werde von Generalstäben geführt, die sich den nazu nötigen Apparat zusamensuchen, aber es sei zwecklos, darin Symptome einer Massenirredenta der deutschen oder ukrainischen Nationalität zu suchen. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Organisation noch auf den ukrainischen Putsch zurückgeht, den beim Zusammenbruch Oesterreichs und unter Beihilfe östereichischer Zivil- und Militärorganisationen die Ukrainer in Ostgalizien in Szene setzten.

Vor neuen Schwierigkeiten im Völkerbund?

Nach einer Darstellung, die der „Daily Telegraph“ aus der Feder seines diplomatischen Gewährsmanns veröffentlicht, beginnen sich ernste neue Schwierigkeiten vor der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im September aufzutürmen und eine ebenso rege wie streng vertrauliche Aussprache unter den beteiligten Regierungen ist hierüber bereits im Gange. Um eine Wiederkehr der Ereignisse des Frühlings unmöglich zu machen, besteht bei den Mächten, die wie Großbritannien ernstlich die ungeänderte Aufnahme Deutschlands wünschen, die Absicht, Deutschland gleich am ersten Tag sowohl in den Rat wie in die Versammlung zu wählen und die Wahlen für die nichtständigen Sitze, bei denen es ohne Schliche und Ränke nicht abzugehen pflegt, acht oder zehn Tage später vornehmen zu lassen. Dagegen verlangt die polnische Regierung außer andern Vorrechten, daß Polen an demselben Tag eine der neuen dreijährigen Sitze erhalte, an dem Deutschland zu einem ständigen Ratsmitglied gewählt werde. Aber die Ansprüche Polens gehen, wie der Gewährsmann ausführt, noch weiter. Nach der neuen Ordnung des Cecilschen Plans soll der dreijährige Ratssitz einer Macht nach Ablauf der Frist durch eine Zweidrittelmehrheit der Versammlung auf weitere drei Jahre verliehen werden können. Polen verlangt jedoch, daß es bereits bei seiner demnächstigen ersten Erwählung für einen dreijährigen Sitz das Recht der Wiederwahl zugestanden erhalte. Es wünscht sich mit anderen Worten sofort eine sechsjährige Mitgliedschaft im Rat zu sichern. Schließlich verlangt Polen, daß aus dem Reformplan Lord Cecils die Klausel gestrichen werde, wodurch die Versammlung das Recht erhält, mit einfacher Mehrheit die nichtständige Mitgliedschaft eines Staats zu beenden, der im Rat Obstruktion treibt oder sonstwie der Mitgliedschaft des Rats unwürdig ist. Es braucht nicht hinzugefügt zu werden, daß diese Forderungen Polens große Unruhe in Völkerbundkreisen hervorgerufen haben und daß sie vielfachem Widerstand, namentlich bei den skandinavischen Staaten, begegnen. Andere Schwierigkeiten werden bei der Verteilung dreier nichtständiger Sitze unter den südamerikanischen Staaten befürchtet, und auch von seiten Spaniens werden noch Überraschungen für möglich gehalten.

Abg. Diamand über den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Im „Robotnik“ (Nr. 208 vom Sonnabend, dem 31. Juli) lesen wir: „Angesichts der Nachrichten von neuen Schwierigkeiten in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die von einem Abbruch bedroht sein sollen, hat sich unser Mitarbeiter an Dr. Diamand mit der Bitte gewandt, den tatsächlichen Stand der Dinge aufzuklären.

Auf die Frage, wieviel Wahrheit in den beunruhigenden Gerüchten enthalten sei, erwiderte Dr. Diamand:

„Die Gerüchte, die von einem gewissen Teil der deutschen Presse verbreitet werden, sind aus den Fingern gesogen und verfolgen die deutliche Absicht, Hindernisse zu schaffen. Der Verlauf der Kommissionssitzungen ist ganz normal, ohne daß das Wohlwollen mangelt. Die Verhandlungen verfolgen den Zweck, einen Mittelweg zu finden, um die gegensätzlichen Forderungen anzugleichen. Das bedarf längerer Zeit, die kein Hindernis in der Auffindung des Mittelweges bildet. Die Kommission, die die Frage der Einreise und des **dauernden Aufenthalts von Bürgern beider Staaten erledigt,** befaßt sich mit dem heikelsten Problem. Die polnische Delegation wünschte, indem sie von der Voraussetzung ausging, daß dieses Recht den wirtschaftlich interessierten Kreisen dienen soll, vor der ausführlichen Diskussion die Deutschen mit der Verfügung des Staatspräsidenten, die die Rechte der Ausländer in Polen bestimmt, bekannt zu machen. Da der Ministerrat heute den endgültigen Text dieser Verfügung festsetzen soll, ging man in Berlin darauf ein, die Diskussion bis zum Montag zu vertagen. Das Vorgehen der polnischen Delegation war ein Loyalitätsakt, der von Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben Deutschlands eine bestimmende Rolle spielen, anerkannt wurde. In der Frage der Zölle finden in Berlin Konferenzen von Vertretern der interessierten Industrien statt, deren Beschlüsse für Regierung und Delegation informatorische Bedeutung haben. Die Entscheidungen der Regierung werden vom Standpunkt der Gesamtgestalt der Wirtschaftsinteressen Polens und des künftigen Vertrages getroffen werden. In den letzten Tagen ist eine wirtschaftliche Tatsache eingetreten, die für die Wirtschaftsentwicklung Europas von hervorragender Bedeutung ist. Es ist nämlich eine wirtschaftliche Einheitsstellung der wichtigsten Industrie, der Metallindustrie, zwischen französischen und deutschen Industriellen zustande gekommen. Die Verhandlungen haben sich der Unterstützung beider Regierungen erfreut. Es ist also eine deutsch-französische Wirtschaftsannäherung erfolgt, die auf die europäische Politik einwirken wird. Die neue Verbindung sieht den Beitritt anderer Staaten vor. Sie will Polen, Belgien, die Tschechoslowakei und Oesterreich in ihren Tätigkeitsbereich ziehen. Auf die Entscheidung Polens wird die Höhe des zugesprochenen Kontingents einwirken. Der Standpunkt Englands kann schon in den nächsten Tagen in den politischen Beschlüssen der englischen Regierung zutage treten. Die bedeutsame Tatsache kann sich auch bei den deutsch-polnischen Verhandlungen auswirken.“

Wem kann in Deutschland an der Verbreitung beunruhigender Gerüchte über einen Verhandlungsabbruch mit Polen gelegen sein?

„In allen Staaten versetzt die Bürokratie, die mit der Stellung ihrer Vorgesetzten nicht zufrieden ist — die Bürokratie besteht vorwiegend aus kraß nationalistischen Elementen —, die Politik ihrer Regierungen in eine Schachstellung, und zwar durch kleine Intrigen, durch Aufstachelung der öffentlichen Meinung und durch die für diesen Zweck bestimmter Verbreitung falscher Nachrichten. Die Schüsse fallen aus dem Hinterhalt, und nur die Aufklärung der Bevölkerung darüber, von wem diese Schüsse stammen, kann ein Gegengewicht gegen die verderbliche Arbeit bilden.“

(Die „Schüsse aus dem Hinterhalt“ fallen aber auch in Polen (siehe besonders Posen) und man sollte ebenso aufmerksam auf sie achten! Red. „Pos. Tagebl.“)

Republik Polen.

Auflösung eines Ministeriums.

Am Sonnabend hat im Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Konferenz stattgefunden, in der die Beweggründe und die Art der Auflösung des Ministeriums zur Kenntnis gegeben wurden. Der Auflösungsbeschluß ist in der Ministerratssitzung vom 21. Juli gefaßt worden. Als Hauptgrund wird die mangelhafte Organisation angegeben, die die öffentlichen Arbeiten nicht in der gewünschten Weise fortschreiten ließ, obwohl das Ministerium oft hervorragende Fachleute an seiner Spitze hatte. Die Wasser- und Landstraßenabteilung, sowie die Generaldirektion für Post und Telegraphen werden dem Eisenbahnministerium überwiesen, das den Namen „Verkehrsministerium“ erhält und zwei Generaldirektionen haben wird: eine Direktion für Eisenbahn, Post und Telegraphen, sowie ein Unterstaatssekretariat, das aus zwei Departements bestehen soll. Die Bauabteilung wird zum Innenministerium, die Abteilung zur Berechnung der Walddaninen zum Finanzministerium, die Meliorationsabteilung zum Landwirtschaftsministerium geschlagen. Die Abteilung für Messungswesen wird mit dem Topographischen Militärinstitut vereinigt und das Staatliche Topographische Institut bilden. Die Bezirksdirektionen für öffentliche Arbeiten werden den Wojewodschaftsämtern angeschlossen. Die öffentlichen Arbeiten sollen demnächst eine beträchtliche Erweiterung erfahren.

Ein Ehrengericht.

In der Sonnabendsitzung der Sejmkommission für Verfassungsfragen begründete der Abg. Erdmann von der Piastenpartei seinen Antrag über die Einberufung eines Ehrengerichtshofs, der sich aus Vertretern des Obersten Gerichts und des Verwaltungsgerichtshofs zusammensetzen soll, zur Urteilsfällung über Vorwürfe, die von Abgeordneten oder Senatoren ihren Kollegen gemacht werden, eine Ehrverletzung betreffen oder sie des Staatsverrats anklagen. Die Kommission ist grundsätzlich auf die Einberufung eines solchen Tribunals eingegangen. Zur näheren Formulierung des entsprechenden Gesetzentwurfs ist eine Unterkommission gewählt worden, die in einer der nächsten Kommissionssitzungen einen diesbezüglichen Antrag stellen soll. Zu dieser Kommission gehören die Abgeordneten Konopczyński (Nat. Volksverband), Lieberman (Sozialistische Partei), Erdmann (Piastengruppe), Błażejewicz (Christl. Demokratie) und Poniatowski (Wyzwolenie).

Kredite für die Landwirtschaft.

Auf Betreiben des Landwirtschaftsministeriums hat die Staats-Agrarbank Kredite für den Einkauf veredelter Wintersaaten für die diesjährige Herbstsaat eröffnet. Die Landwirte können diese Kredite unter Vermittlung der kooperativen Organisation, der Gemeindekassen und der landwirtschaftlichen Syndikate genießen. Der Zinsfuß beträgt 14—16 Prozent jährlich. Die Rückerstattungsfrist ist auf 6 Monate festgesetzt worden.

Polens Außenpolitik.

Die Auslandskommission des Sejm hat am Sonnabend die Diskussion über die Rede des Ministers Zaleski aufgenommen. Es sprachen die Abgeordneten Stroński, Bator, Dębski und Wasyńczuk. Letzterer sagte, daß Piłsudski offenbar auf das Föderationsprogramm verzichtet habe, da in der Rede des Außenministers davon nichts erwähnt werde. Die Kommission setzt ihre Diskussion am heutigen Montag fort. In der heutigen Sitzung spricht auch der Abg. Marjan Seyda.

Tritt Piłsudski zurück?

Dem „Kurjer Poznański“ wird aus Warschau gemeldet: „Wie wir erfahren, wird eins der ersten Gesetze, die auf Grund der Vollmachten vorbereitet werden, das Gesetz über die Organisation der obersten Militärbehörden in Friedenszeiten sein. Das Gesetz soll schon in nächster Woche veröffentlicht werden. Im Zusammenhang damit soll Piłsudski das Generalinspektorat übernehmen, um seinen Ministerposten einen seiner Generale zu übergeben.

Jan Kasprowicz gestorben.

Nach einer Meldung der polnischen Telegraphen-Agentur ist gestern in Zakopane der polnische Dichter Jan Kasprowicz gestorben. Seine Beerdigung findet am Dienstag statt.

Die Aufenthaltsgenehmigung für Ausländer in Deutschland.

Dem „Deutschen Reichskursbuch“ entnehmen wir folgende Mitteilung:

„Für nichtdeutsche Personen mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Inland kann der Ausreisesichtvermerk durch einen von der zuständigen Sichtvermerksbehörde im Inlande erteilten „Sichtvermerk zur Wiedereinreise nach erfolgter Ausreise“ oder durch eine von der zuständigen Behörde im Inland erteilte Aufenthaltsgenehmigung ersetzt werden.

Für den Grenzübertritt von Personen unter 15 Jahren genügt ein amtlicher Ausweis über Name, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt. Bei Personen über 10 Jahren muß der Ausweis mit einem von der ausstellenden Behörde abgestempelten Lichtbild versehen sein.

Die erforderlichen Sichtvermerke werden im Auslande durch die deutschen diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen, im Inlande durch die inländischen Sichtvermerksbehörden (Polizeipräsidien, Landratsämter, Bezirksämter usw.) erteilt.“

*

Die ausgezeichnete Vereinfachung zeigt wieder einmal, wie kaufmännisch richtig Deutschland alle Erleichterungen schafft, um auch dem Ausländer, der viel in Deutschland zu tun hat, im Interesse des Handels und der Entfaltung der Wirtschaft unnötige Wege zu ersparen. Es wäre wirklich zu wünschen, wenn auch Polen bald auf diesen Weg gelangen könnte.

Shaws Dank an Deutschland.

Bernard Shaw hat auf den Glückwunsch Dr. Stresemanns mit folgendem Dankschreiben an den deutschen Botschafter geantwortet:

„Mein lieber Sthamer! Die öffentliche Ehre, die mir durch die Botschaft des deutschen Außenministers erwiesen wurde, ist noch erhöht, indem sie durch Ihre Hände kommt. Etwas Derartiges würde niemals einem britischen Außenminister in den Sinn kommen, da, wie Sie wohl wissen, wir in Fragen der Kultur eine barbarische Nation sind. Wir haben eine wirkliche Furcht vor Intellekt in jeder Gestalt und die Ueberzeugung, daß Kunst, obwohl im geheimen höchst genußreich, im Wesen unmoralisch ist. Daher war die hiesige Notiz, die an meinem 70. Geburtstag von der britischen Regierung genommen wurde, ihre vorsätzliche offizielle Verhinderung der drahtlosen Verbreitung irgend welcher von mir bei dieser Gelegenheit gesprochenen Worte. Der Kontrast zwischen dieser Haltung und der der deutschen Regierung würde peinlich für eine Nation mit der kulturellen Tradition sein; aber unsere regierenden Klassen sind eher stolz darauf. Ihnen verdanke ich meinen Ruf als eine gefährliche und verrufene Person. **Deutschland danke ich meine Anerkennung in Europa als Denker und dramatischer Dichter.** Wichtiger noch ist, **daß Europa Deutschland den europäischen Sinn, der vorhanden ist, verdankt** — die Bedeutung des Denkens und der dramatischen Dichtung und den Wert der ihnen gewidmeten Leben. Daher verleiht mir eine Anerkennung von seiten Deutschlands eine Auszeichnung, **die keine andere Nation in der Welt mir geben kann.** Wenn ich Deutscher wäre, so würde ich stolz darauf sein, und mit Recht! Da ich, wenn nicht ein Engländer — wie Sie wissen, bin ich Irländer —, so doch ein lebenslänglicher und treuer Diener des englischen Volkes bin, tut es mir leid, daß es so ist; aber es ist so, und ich bin Deutschland nicht weniger dankbar. Dies sind jedoch nur nationale Erwägungen. Es besteht eine übernationale Republik des Gedankens und der Kunst. Meine Schuld gegenüber den großen deutschen Mitgliedern und Meistern dieser Republik ist unermeßlich, und daß ihre Untertanen meinen Anspruch, Mitglied davon zu sein, zugeben, ist ein Triumph, der mir ermöglicht, ohne zu erröten, allen Lobsprüchen und Glückwünschen gegenüberzutreten, mit denen ich am ersten Geburtstag, den ich je gefeiert habe, und den letzten, den ich je zu feiern beabsichtige, überschüttet worden bin. Ich bin glücklich, das Vorrecht Ihrer persönlichen Freundschaft zu haben, die es mir ermöglicht, offener zu sprechen, als ich dies tun könnte, wenn unsere Beziehungen nur offizieller Art wären. Ihr ergebener **Bernard Shaw.**“

Die Panasiatische Konferenz.

London, 2. August. (R.) Die **„Times“ berichten aus Tokio** daß in Nagasaki gestern die Panasiatische Konferenz eröffnet worden ist. Es nehmen daran 51 Delegierte teil, die aus Japan, Indien, den Philippinen, Siam und Korea stammen. Auch der frühere russische General Remienow ist anwesend, jedoch nicht als Delegierter. Die Japaner fordern u. a. den Zusammenschluß aller Asiaten, den Bau transasiatischer Bahnen, die Errichtung von Banken und die Gründung einer großen asiatischen Gesellschaft, die eine Besserung des Handels durchführen könnte. Diese Konferenz ist die erste der farbigen Rassen, die sich **gegen die Vorherrschaft der Weißen richtet.**

Verleumdungen des „Daily Telegraph“.

Nach der Meldung einer Berliner Zeitung vom 29. Juli stellt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ die Behauptung auf, daß die letzte Note des Generals Walch über die Stellung des Generals v. Seeckt auf eine Intrige des deutschen Verbindungsoffiziers zwischen dem Reichswehrministerium und der interalliierten Militärkontrollkommission zurückzuführen sei. Hierzu wird amtlich bemerkt, daß die Behauptung des „Daily Telegraph“ von Anfang bis zu Ende auf freier Erfindung beruht und daß die gegen den genannten Offizier erhobene schwere Beschuldigung von der Reichsregierung auf das entschiedenste zurückgewiesen wird. Ueber den tatsächlichen Sachverhalt erfahren wir im übrigen folgendes: Die letzte Note des Generals Walch vom 2. 7. über die Stellung des Chefs der Heeresleitung geht zurück auf einen Beschluß der Botschafterkonferenz vom 14. 4. d. J. zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 1. d. J. über die „Befehlsbefugnisse im Reichsheer“. Dieser Beschluß forderte die Uebertragung der Generalinspektion der Truppen an einen der beiden Gruppenkommandeure. Er ist der deutschen Regierung durch eine Note der J. M. K. K. vom 27. 5. mitgeteilt und von der deutschen Regierung durch Note vom 22. 6. in ablehnendem Sinne beantwortet, von General Walch in der Note vom 2. 7. wieder aufgerollt worden.

Das rote Gemach.

Roman von E. Kießling-Valentin.

(45. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

„Haben Sie noch nie daran gedacht, Ihre Stimme ausbilden zu lassen, gnädige Frau?“ fragte jetzt Beneke in ihre Gedanken hinein.

„Sie hätten Mutter in der Marienkirche singen hören müssen! Wenn ich es nicht als Primaner für unmännlich gehalten hätte, würde ich geheult haben.“

„Ich habe sie gehört, als ich damals in Danzig zu tun hatte! Ich war in der Marienkirche, um die Familienkapelle der Benekes zu besuchen. Am Sonntag vor dem Reymannschen Kostümfest. Im Ernst — — — Sie haben eine selten schöne Stimme und entschieden schauspielerisches Talent.“

„Wir wollen von solchen eventuellen Zukunftsplänen nicht sprechen. Sehen Sie, so weit bin ich mit meinen Kräften doch noch nicht.“

Sie sah so rührend aus in ihrer Hilflosigkeit, daß Ewert zärtlich seine Hand unter ihren Arm schob.

Nach Ende der Vorstellung, während er Konstantia in den Mantel half, sagte Beneke:

„Gnädige Frau — — Ewert und ich sind im Komplott. Wir möchten Sie bitten, statt jetzt noch zum „Esplanade“ oder zum „Bristol“ zu fahren, mir die Freude machen zu wollen, bei mir einen ganz bescheidenen Imbiß einzunehmen. Meine alte Luise hat bereits alles hergerichtet. Bitte, sagen Sie nicht nein!“

Dieses Mal hatte Ewert bestimmt eine Absage befürchtet, aber nach kurzem Zögern erklärte sich Konstantia auch hiermit einverstanden.

Ewert triumphierte innerlich.

Endlich schien die Mutter von ihrer unerklärlichen Antipathie gegen den Doktor abzukommen — — —

Die alte Haushälterin empfing die Ankömmlinge mit einem so frohen Lächeln, daß Konstantia das Herz warm wurde. Im Eßzimmer erklärte Doktor Beneke, daß sie seine Kinderfrau gewesen sei, und daß er sie später mit nach Berlin genommen habe. Sie sei sein guter Geist. Fromm, selbstlos, treu!

Ihr weißes Haar hatte etwas Ehrwürdiges. —

Als die kalten Speisen und das Getränk auf dem Tisch standen, verließ die alte Dienerin das Zimmer.

Konstantia dachte, ob diese Frau wohl über des Doktors Liebesangelegenheiten unterrichtet sei? Es schien ihr fast unmöglich, daß da, wo diese schlichte, anständige Frau waltete, leichtsinnige Frauen aus- und eingehen könnten. Doktor Beneke hatte doch auch gesagt: Sie ist mein guter Geist!

Ihr wurde jetzt leichter ums Herz. Vielleicht hatte ihr Junge doch den richtigen Instinkt gehabt. An der Art, wie die alte Luise um Ewert besorgt gewesen, wie sie auf seine heiter-vertraulichen Scherze eingegangen war, erkannte Konstantia, wie wohl und „zu Hause“ er sich hier fühlte.

Der Doktor bereitete selbst den Mokka auf einer kleinen, selbsttätigen Kippmaschine, Ewert durfte die Bohnen mahlen. Dabei lachten und scherzten sie miteinander.

„Ist das nicht urgemütlich, Mutter? So machen wir es oft zusammen, Doktor Beneke und ich —“

Als Konstantia die zweite Tasse trank, ging Ewert in das Arbeitszimmer des Doktors, zu dem die große Tür offen stand, und begann am Flügel zu phantasieren. Er hatte das Talent der Mutter geerbt und übte, seitdem er durch Doktor Beneke so viel Anregung hatte, wieder eifrig auf Tante Christinens schönem Steinway.

Nun war Konstantia mit Doktor Beneke so gut wie allein. Auf ihren Wunsch hatte man gleich zu Anfang die Glühbirnen der Wandarme ausgeschaltet. Es brannte nur die Mittellampe unter dem mattroten Seidenschirm. Diese Stimmung im Verein mit den gedämpften Tönen aus dem Nebenzimmer tat den Nerven der Frau wohl und erinnerte sie an ihr rotes Zimmer in Danzig. Sie lehnte in einem Schaukelstuhl, den sie ab und zu mit der Fußspitze in sanfte Schwingungen versetzte.

Das Kleid, das sie trug, war blaß und zart wie der Nebel, der nach Sonnenuntergang über den Wassern liegt. Ihr Haar glänzte matt.

„Herr Doktor Beneke — —“, kam es fast unhörbar von ihren Lippen.

„Gnädige Frau?“

„Bitte — enttäuschen Sie mich heute nicht —“

„Was wünschen Sie von mir?“

„Ich finde keine Ruhe. Seit vielen Wochen quäle ich mich. Ich bitte, helfen Sie mir!“

„Wenn es in meiner Macht steht, gnädige Frau —?“

„Es steht in Ihrer Macht. Aber Ihr Wille geht nicht mit. Sie wollen mich absichtlich quälen —“

Er schaute mit einem unsicheren Lächeln zu ihr hin.

„Genau, wie die Frauen zu sprechen pflegen! Sie suchen den Mann durch Kränkungen herauszufordern, um ihn von seinen Grundsätzen abzubringen.“

„Nun gut: Ja!“ Sie brachte den Schaukelstuhl zum Stehen und richtete sich auf. „Womit haben Sie Daniel Reymanns Pläne durchkreuzt, durch welche Mitwisserschaft seine Drohungen wirkungslos gemacht? Ich muß es wissen. Es beschämt mich, daß Sie in Dinge eingeweiht sind, die ich selbst nicht kenne und die mich doch am nächsten angehen. Daß Sie mir wie einem unmündigen Kinde geholfen haben! Vielleicht schäme ich mich auch unnötig — Vielleicht sind jene Dinge gar nicht so schlimm — —“

Bert Beneke schwieg. Er warf seine halbgerauchte Zigarette zerstreut in das Kaminfeuer und steckte sich eine neue an.

„Was soll ich da tun?“ sagte er, ohne sie anzusehen. „Könnte es nicht sein, daß Sie sich nachher den jetzigen Zustand der Unkenntnis zurückwünschten?“

„Nein. Nein.“

(Fortsetzung folgt.)

Vorbereitungen für die Völkerbundstagung

Italien.

Die Vorbereitungen für die Genfer Ratstagung und die Völkerbundversammlung werden in Rom eifrig betrieben. Eine besondere Kommission ist zusammengestellt aus Vertretern des Auswärtigen Amts, des Kriegsministeriums und der Genfer Delegation, die **unter dem persönlichen Vorsitz von Mussolini** ihren Arbeiten obliegt. „Sicher darf die Entwaffnungsfrage nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht mehr so theoretisch behandelt werden wie bisher", schreibt der Berichterstatter der Mailänder „**Sera**". Er gibt dann noch folgende Vorschau aus Genf: „Deutschland wird seinen Ratssitz erhalten, Brasiliens Beispiel wird voraussichtlich keine Nachahmung finden; zwar besteht Polen darauf, die gleiche Behandlung zu erfahren, wie Deutschland, aber offensichtlich ist seine Überzeugungskraft am Tage nach dem Militärputsch etwas geschwächt. Vielleicht bekommt Polen den Ratssitz doch — wir zweifeln daran —, aber auf alle Fälle nur auf dem Wege über ordnungsmäßige Wahlen. Was Spanien angeht, so ist nicht wahrscheinlich, daß seine Wünsche jetzt befriedigt werden können. Dafür liegen auch keine triftigen Gründe vor; es hat nicht am Kriege teilgenommen und kann nicht wegen der Flintenschüsse in Marokko die gleiche Behandlung erwarten, wie die kriegführenden Mächte. Auch ist nicht anzunehmen, daß es aus dem Völkerbunde ausscheidet, wo es **in der Gefolgschaft der verschiedenen südamerikanischen Republiken** spanischer Zunge eine bedeutende Stellung hat. Man darf annehmen, daß die englische Regierung sich darüber mit König Alphons während seines Londoner Aufenthalts unterhalten hat. Italien wird an der Tagung in vollem Bewußtsein der wachsenden Bedeutung des Völkerbundes teilnehmen und in der Absicht, an der Beseitigung von Schwierigkeiten mitzuarbeiten."

Poincarés Finanzpläne.

Paris, 2. August. (R.) Der gestrige Tag brachte einige Aufklärungen über die eigentlichen Finanzpläne Poincarés. Die zugegangenen Meldungen besagen, daß Poincaré die Absicht habe, die Frankenwährung zu sanieren und die Ratifizierung der Schuldenabkommen zurückzustellen. Durch die Zurückstellung dieser sei man der Stabilisierung näher gekommen. Die Schuldenabkommen werden in nächster Zeit dem Parlament vorgelegt und sollen zu dem Zweck durchberaten werden, um eventuell von England oder Holland Kredite zu erlangen. Gleichzeitig wird die Regierung in Washington Verhandlungen anknüpfen, um eine Abänderung der Abkommen zu erlangen. Die Zinssätze der Nationalen Verteidigungsbons sollen erhöht und der Diskontsatz höher geschraubt werden. Diese Maßnahmen sollen deshalb ausgeübt werden, um auf die Industriellen einen Druck auszuüben, damit diese ihre Auslandskapitalien nach Frankreich bringen. Gleichzeitig sollen sie ihre Kreditforderungen an die Bank von Frankreich auf das mindeste beschränken.

Zu den Religionskämpfen in Mexiko.

Mexiko, 2. August. (R.) Infolge des Inkrafttretens des neuen Gesetzes am Sonnabend ist es an verschiedenen Plätzen der Stadt Mexiko zu Ausschreitungen gekommen, wobei die Polizei über hundert Verhaftungen vornahm. Bei den Zusammenstößen wurden 6 Personen getötet und über 38 Personen leicht und schwer verletzt. Unter den Festgenommenen befinden sich viele Frauen. Aus Sunday wird dazu noch berichtet: In der Raffaelkirche weigerten sich die Gläubigen, die Kirche zu verlassen, weshalb sich die Polizei veranlaßt sah, **von der Waffe Gebrauch zu machen.** Durch das Feuer der Truppen wurden zehn Personen verwundet. Die meisten Opfer sind Frauen. Auch die Kirche Santa Katharina wurde von Truppen geräumt, wobei es zu einem regelrechten Kampf kam. Auch hier sind meistens Frauen dem Kampfe zum Opfer gefallen. Ueberhaupt nehmen die Frauen regen Anteil an den Kämpfen, die um die Kirche ausgefochten werden. 40 Frauen aus wohlhabenden Familien sind verhaftet worden, weil sie angeblich Propaganda gegen die Politik der Regierung getrieben hätten.

Ausweisung des päpstlichen Geschäftsträgers.

Paris, 30. Juli. Wie Havas aus Mexiko meldet, hat die mexikanische Regierung beschlossen, dem Geschäftsträger des päpstlichen Stuhles in Mexiko, Monsignore Gresel, mitzuteilen, daß er binnen 24 Stunden das Land zu verlassen habe.

*

Wie die erzbischöfliche Delegatur bekanntgibt, ist der Generalsekretär der päpstlichen Nuntiatur, Tito Crespi, heute mittag ohne Angabe von Gründen verhaftet worden. Ein in der Nuntiatur angestellter amerikanischer Staatsbürger ist ebenfalls in Haft genommen worden. Gegen ihn ist ein Deportierungsbefehl erlassen worden und er wird noch heute abend unter militärischer Bewachung an die amerikanische Grenze geschafft.

Mexiko, 30. Juli. Der Generalstaatsanwalt ordnete an, daß die Katholiken in ganz Mexiko entwaffnet würden, weil sie Versammlungen abhielten, die nach Auffassung der Behörden den Zweck verfolgen, den Kirchengesetzen Widerstand entgegenzusetzen.

*

Der Konflikt zwischen Staat und Kirche hat seinen Höhepunkt erreicht. Der letzte Tag vor Inkrafttreten der Regierungsedikte und dem Einsetzen der von der Kirche gepredigten passiven Resistenz begann mit einem ungeheuren Massenansturm auf die Kirchen. In der Kathedrale in Mexiko hatten sich bereits etwas nach 8 Uhr 4000 Frauen mit ihren Kindern im Arm zum Empfang des Sakraments der Taufe eingefunden. Nach den Taufen werden Trauungen stattfinden, zu denen sich ebenfalls bereits Tausende von Paaren eingefunden haben. Heute nachmittag tritt der von der Regierung angeordnete erhöhte Alarmzustand in den Kasernen ein. Um Mitternacht werden die letzten Messen zelebriert.

Rechtfertigung der Regierung.

Mexiko, 30. Juli. Associated Preß meldet: In einer Ansprache an eine Abordnung der Gewerkschaften führte Präsident Calles aus, daß die Regierung vollauf mit der Lösung von schwerwiegenden nationalen Aufgaben, wie Aufstellung des Budgets, Verbreiterung des öffentlichen Unterrichts und Entfaltung der industriellen und landwirtschaftlichen Kräfte des Landes, beschäftigt war. Calles fuhr fort: In diese Aufgaben vertieft, hat die Regierung das katholische Element fast vergessen, als gerade im schwersten Augenblick meiner Amtszeit die katholische Priesterschaft in ihrem Haß einen Anschlag gegen die Regierung verübte, indem sie in der reaktionären Presse erklärte, daß sie die neue Verfassung der Republik nicht anerkenne, und indem sie allen ihren Anhängern befahl, der Verfassung nicht zu gehorchen und sie zu bekämpfen. Die Priesterschaft erklärte, daß die religiösen Bestimmungen der Verfassung für Mexiko schimpflich und schändlich seien, und daß sie nicht befolgt werden sollten. Angesichts dieser Haltung müsse die Regierung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit der ganzen Strenge des Gesetzes diese Haltung der Priesterschaft bekämpfen.

Neuyork, 30. Juli. Wie Associated Preß aus Washington meldet, erklärt die mexikanische Botschaft die Pressemeldungen für völlig unzutreffend, wonach der Bürgermeister einer mexikanischen Stadt, der auf einen Priester geschossen haben soll, von der Bevölkerung erschlagen worden sein soll. Das Staatsdepartement hat seinerseits in Mexiko im Umlauf befindliche Gerüchte für unbegründet erklärt, wonach die amerikanische Regierung beabsichtige, das Verbot der Verschiffung von Waffen und Munition nach Mexiko aufzuheben. Im Gegensatz dazu meldete „Neuyork Times", im Staatsdepartement werde trotz aller Dementis die Frage der Aufhebung der Waffenausfuhrsperre erörtert und eine diesbezügliche Denkschrift ausgearbeitet. Die in der Stadt Mexiko erscheinenden Blätter unterlassen alle redaktionellen Aeußerungen über die Lgae.

Zu den bereits gemeldeten Gerüchten, daß man in Kreisen der ausländischen Diplomatie erwäge, die Vermittlung des Diplomatischen Korps in dem Streit zwischen der mexikanischen Regierung und der Priesterschaft anzubieten, verlautet, daß dem amerikanischen Botschafter in Mexiko, Shefield, bis jetzt kein offizieller Vorschlag unterbreitet worden sei und daß er keinerlei Schritte in dieser Richtung unternommen habe.

Für Sonntag werden von den mexikanischen Arbeitern und den ihnen nahestehenden Parteigruppen Demonstrationen zugunsten der von der Regierung befolgten Politik vorbereitet.

Demonstration für die Regierungspolitik in Mexiko

Mexiko, 2. August. (R.) Die Arbeiterverbände haben gestern in der Stadt große Demonstrationszüge veranstaltet, um kundzugeben, daß sie mit der von der Regierung betriebenen Kirchenpolitik einverstanden seien. Der Vorbeimarsch der demonstrierenden Massen vor dem Präsidenten Calles dauerte über zweieinhalb Stunden. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 15 000 geschätzt. In allen großen Städten tragen die Katholiken Trauerkleidung. Auch die Häuser sind mit schwarzem Krepp behangen. In Pachuka sind 6 Frauen und 6 Kinder in den Menschenmassen, die sich in die Kirchen drängten, erdrückt worden.

Deutsches Reich.

Flugzeugunglück.

Heidenheim, 2. August. (R.) Der Grenzbote berichtet, daß nach kurzen Vorführungen anläßlich eines Schaufliegens ein Flugzeug verunglückte. Der junge Fliegel Heinkel versuchte zu landen, doch wollte dies ihm nicht gelingen. Das Flugzeugsteuer versagte. Ein Versuch, wieder zu steigen, mißlang, da das Flugzeug absackte. Der Apparat stieß mit seinen Flügeln an die Bretterwand, die die Zuschauer vom Flugplatz trennt, und darauf in die Menge der Zuschauer hinein, wobei 5 Personen getötet und 7 schwer verletzt wurden. Der Flieger ist nur leicht verletzt.

Grubenunglück.

Karlsbad. 2. August. (R.) Im Poldi-Schacht ereignete sich ein Grubennnglück, dem 3 Arbeiter zum Opfer fielen. Durch herabrutschende Erdmassen wurden drei Arbeiter verschüttet. Der eine der Arbeiter war sofort tot, die beiden anderen konnten noch lebend geborgen werden, doch liegen sie schwer darnieder, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Kommunistische Krawalle in Dessau.

Dessau, 2. August. (R.) Anläßlich kommunistischer Umzüge durch die Hauptstraßen der Stadt kam es zwischen diesen und der Polizei zu Zusammenstößen. Die Polizei hatte zwei Fahnen wegen „Aufreizender Propaganda" beschlagnahmt, weshalb sich die Kommunisten auf die Schutzleute stürzten und diese zu entwaffnen versuchten. Die Polizei hat sich genötigt von den Gummiknüppeln Gebrauch zu machen und verwundete einige der Demonstranten. Die Rädelsführer wurden verhaftet. Zwei Beamten wurden durch Messerstiche verletzt.

Hausfriedensbruch auf dem Friedhof.

Auf Friedhöfen, die Kirchengemeinden gehören, sind sie allein die Herren. Sie haben das Recht, feierliche Beerdigungen und Grabreden für Andersgläubige zu verbieten. Am 12. Februar 1926 hat das Kammergericht in der Revisionsverhandlung ein Mitglied der Neuapostolischen Gemeinde, das bei der Beerdigung einer Glaubensgenossin gegen den Willen des Kirchenrates eine Rede gehalten hatte, wegen Hausfriedensbruch verurteilt. — Daß evangelische Kirchengemeinden eine stille Beerdigung Andersgläubiger auf den ihnen gehörigen Friedhöfen nicht ablehnen werden, dürfte sich von selbst verstehen; aber sie müssen doch Herren auf ihrem Gebiet bleiben und können verlangen, daß Andersgläubige sich ihnen fügen.

Die Innere Mission auf der Gesolei.

Im Rahmen einer Sonderausstellung, die im ganzen 22 Fachabteilungen umfaßt und der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege vorbehalten ist, hat auch das Gesamtwerk der Inneren Mission seine Stelle gefunden. Der Zentralverband der Inneren Mission hat eine eigene Koje für sich mit den Ausmaßen 12×14 m. Auf großen Wandtafeln wird gezeitigt: die historische Entwickelung der Inneren Mission, die Organisation des Zentralverbandes, zwei Ausstellungskomplexe nach ihrer geschichtlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Struktur, zahlenmäßiges Wachstum, Ausbildung und Stellung der beruflichen Kräfte in ihrem Verband, sowie die Arbeitsfelder der ehreuamtlichen Kräfte. Ein Pavillon in der Mitte ist den Anstalten von Bethel und dem Rauhen Hause in Hamburg vorbehalten. Man gewinnt auf der Ausstellung ein eindrucksvolles Bild von dem, was die evangelische Kirche auf dem Gebiet sozialer Fürsorge leistet.

Ein Gedenktag der deutschen Studentengeschichte.

In Erlangen beging vom 25.—28. Juli die Schwarzburg-Verbindung Uttenruthia, die älteste christliche Studentenverbindung Deutschlands, das Fest ihres 90jährigen Bestehens. Wenn diese Gedenkfeier über die studentischen Kreise hinaus das Interesse einer breiteren Oeffentlichkeit für sich in Anspruch nimmt, so hat dies sein Recht in der charakteristischen Stellung, die der Erlanger Uttenruthia in dem bunten Kranz der studentischen Gemeinschaften an den deutschen Universitäten zukommt. Begründet in einer Zeit allgemeiner Verflachung des studentischen Lebens, erkannte die Uttenruthia, der in den folgenden Jahrzehnten eine Reihe ähnlich gerichteten Gruppen hin und her an den deutschen Hochschulen zur Seite traten, darin ihre Sendung, in die historische Form deutschen Studententums die Kräfte eines vom christlichen Ethos bestimmten Verantwortungsbewußtseins und Gemeinschaftswillens hineinzutragen, wobei all das in dem traditionellen Bestand entschlossener Ablehnung begegnete, was mit dem innersten Wollen nicht im Einklang stand. Es ist bester Geist der deutschen Jugendbewegung, der aus den Blättern dieser 90jährigen Geschichte spricht.

Evangelische Kirchenfahnen.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat sich auf seiner letzten Sitzung auch mit der Frage einer evangelischen Kirchenfahne beschäftigt. Die Bedeutung der Angelegenheit wurde anerkannt. Man stellt sich auf den Standpunkt, daß sie nicht nur die Oberfläche kirchlichen Lebens streife, sondern eine eingehende Behandlung nötig mache. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung wird die Frage der Kirchenfahne erneut behandelt werden. Eine einheitliche Kirchenfahne wäre schon deshalb erwünscht weil es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, eine einheitliche deutsche Reichsfahne zu finden. Bei internationalen Tagungen wäre es ebenfalls von Wert, wenn alle evangelischen Völker und Kirchen sich im Zeichen derselben evangelischen Fahne sammeln würden.

Aus anderen Ländern.

Die Fähre Dover—Ostende beschossen.

London, 2. August. (R.) Die Fähre Dover—Ostende ist in ein Strichfeuer englischer Maschinengewehre gekommen, das von einer übenden Maschinengewehrabteilung in Dover herrührte. Eine Dame erhielt einen Schuß am Oberschenkel und der Schornstein der Fähre wurde von Geschossen durchbohrt.

Unerklärlicher Diebstahl in einem englischen Museum

London, 2. August. (R.) Nach Blättermeldungen wurde während des Wochenendes ein großer Diebstahl in einem englischen Museum verübt. Das Viktoria-and-Albert-Museum wurde auf unerklärliche Weise von Einbrechern heimgesucht, die verschiedene Goldmünzen, die 1700 bis 2500 Jahre alt sind, raubten. Die geraubten Münzen gehören der Salting-Sammlung an. Insgesamt 30 Stücke dieser seltenen Sammlung wurden entwendet. 9 ließen die Einbrecher zurück. Um so unerklärlicher ist das Eindringen der Einbrecher, da doch tagsüber das Zimmer, in dem sich die Münzen befanden, streng bewacht wird, und auch nachts 5 Wachposten durch das Museum patrouillieren.

Die Rüstungskosten der Großmächte.

Paris, 31. Juli. Nach einer Meldung der „United Preß" aus Genf beträgt auf Grund einer Statistik des Völkerbundes die Ausgabe der wichtigsten Staaten für Militär-, Flotten- und Luftstreitkräfte in Millionen Pfund:

Großbritannien 114 Millionen, das sind 2 Pfund 12 Schill. pro Kopf der Bevölkerung; Vereinigte Staaten 110 Millionen = 1 Pfund pro Kopf; Frankreich 51 Millionen = 1 Pfund 12 Schill.; Japan 43 Millionen Pfund = 14 Schill. pro Kopf; Italien 30 Millionen Pfund = 16 Schill. pro Kopf; Rußland 39 Millionen Pfund = 10 Schill. pro Kopf und Deutschland 21 Millionen Pfnnd = 7 Schill. pro Kopf.

Aus der Statistik geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die Ausgaben Deutschlands für Heer und Flotte sowohl absolut als auch relativ gegenüber den Großstaaten an letzter Stelle stehen.

Zur Lage im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 2. August. (R) Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbande erklärte in einer Rede, falls die Arbeiter wünschten, sei er bereit mit der Regierung oder den Grubenbesitzern Verhandlungen über den Abschluß eines ernsthaften Abkommens wieder aufzunehmen. Allerdings müsse die Frage der längeren Arbeitszeit ausgeschaltet werden. Es müsse ein nationales Abkommen mit einem nationalen Indexlohn und 7stündiger Arbeitszeit geschaffen werden.

Letzte Meldungen.

Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei.

Prag, 2. August. (R.) Auf der Station Chopowin bei Tabor fuhr gestern ein Zug infolge falscher Weichenstellung in eine tiefe Grube. Die Lokomotive und der Tender des Zuges stürzten die Grube hinunter. Der Heizer wurde getötet, der Lokomotivführer schwer verletzt. Eine nähere Untersuchung des Unfalls ist noch im Gange, doch wird schon jetzt angenommen, daß die Schuld allein dem Verkehrsbeamten zur Last gelegt werden kann.

Großfeuer in einer Mühle.

Leipzig, 2. August. (R.) Die „Leipziger Montagszeitung" meldet: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde die Mühle Zoeschen, die dem Rat der Stadt Leipzig gehört, ein Raub der Flammen. Der Brand ist durch eine Mehlstaubexplosion entstanden, wodurch 3000 Zentner Mehl und Getreide vernichtet wurden. Der Schaden wird auf 300 000 Mark berechnet und ist durch Versicherung gedeckt.

Staaatssekretär Mellen in Genf.

Paris, 2. August. (R.) Nach dem „Matin" ist der amerikanische Staatssekretär Mellen am Sonnabend in Genf eingetroffen. Mellen erklärte, daß er sich zu einer kleinen Inspizierungsreise rüstete, daß er aber durch ein Telegramm des Präsidenten Coolidge gezwungen sei, wieder an die Arbeit zu gehen. Er habe sich schon mit Finanzfragen beschäftigt und werde sich zu gleichen Zwecken morgen nach Rom begeben.

Die beunruhigende Lage in Marokko.

Paris, 2. August. (R.) Infolge der regen Tätigkeit der Aufständischen sind die benachbarten Gebiete der Stämme beunruhigt worden; sie haben die Absicht, sich den Aufständischen anzuschließen. Die französischen Meldungen versuchen, der Lage keine Bedeutung beizulegen, insgeheim fürchten sie jedoch, daß die Lage wirklich ernster sei als man annehmen kann. Außer einzelnen Blättern verschweigen die meisten die mißliche Lage der Franzosen nach der Gefangennahme Abd-el-Krims.

Französisches Flugzeugunglück.

Taza, 2. August. (R.) Wie berichtet wird, ist ein französisches Flugzeug über Taza brennend abgestürzt. Das Flugzeug ging in dem sogenannten „Korkenzieherstnrz" zur Erde nieder. Der Apparat ist vollkommen zertrümmert und verbrannt. Die Flieger sind beide tot.

Ein Komplott gegen den Präsidenten Calles aufgedeckt.

Mexiko, 2. August. (R.) Nach einer Havasmeldung soll die Polizei ein Komplott gegen den Staatspräsidenten Calles aufgedeckt haben. Sieben Frauen und zwei Männer, die der Verschwörung angehören, sind verhaftet worden. Neue Unruhen sind nicht zu verzeichnen. Eine weitere Untersuchung der Verschwörertätigkeit der Verhafteten ist im Gange. Die Polizei und das Militär sind in dauernder Alarmbereitschaft.

Ein Anschlag gegen Primo de Rivera.

Barcelona, 2. August. (R.) Auf den General Primo de Rivera wurde etwa 300 Meter vom Bahnhof entfernt ein Attentat verübt. Primo de Rivera fuhr mit einem Auto und mehreren Begleitwagen durch die Stadt nach dem Bahnhof zu, als ein Mann, der sah, daß er den Wagen nicht erreichen werde, einen Dolch nach dem Diktator warf. Die Menge stürzte sich auf den Attentäter und versuchte ihn zu lynchen; er geriet dabei unter die Pferde eines das Auto begleitenden Wagens und wurde überfahren. Erst durch das Geschrei wurde Primo de Rivera auf das Attentat aufmerksam gemacht, das auf ihn verübt werden sollte. Am Bahnhof wurden ihm Ovationen dargebracht. Der Attentäter trug einen Bruch des Oberschenkels davon. Er wurde von der Polizei verhaftet.

Wegen Nachrichtendiebstahls verhaftet.

Mailand, 2. August. (R.) Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung des ungarischen Journalisten Labor, der für die Agentur Stefani bestimmte Nachrichten auffing und als sein eigenes Material in der Agentur „Radio Commerciale" veröffentlichte. Seine Verhaftung erfolgte, weil er sich durch den Diebstahl dieser Nachrichten einen jährlichen Verdienst von 300 000 Lire verschaffte.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: H. Schwarzkopf. Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Um Englands Wirtschaft.

Im britischen Unterhaus war gestern eine große Aussprache über die Angelegenheiten der Dominien. Der Kolonialminister Amery gab eine längere Erklärung über die Lage der Dominien und ihr Verhältnis zum Mutterlande ab.

Er wies unter anderem auf die Notwendigkeit hin, die Organisation des Ministeriums für Dominien auszubauen, um dadurch die Fühlung mit den Dominien und den Kolonien enger zu gestalten. Er habe deshalb auch zur Bedingung für die Aufnahme von neuen Beamten in sein Ministerium gemacht, daß sie mindestens zwei Jahre im Auslanddienst verbracht haben. Er hoffe auch dem Beispiel der Arbeiterpartei folgen zu können, die während ihrer Regierungszeit einen Ausschuß für die Entwicklung des Kolonialrechts eingesetzt habe. Ein derartiger Ausschuß werde neu Gedanken und Anregungen für die Belebung des Handels hervorbringen. Zu der Frage der indischen Einwanderer in Südafrika erklärte Amery, daß sich die britische Regierung in keiner Weise eingemischt habe. Indien und Südafrika stünden in dauernden Verhandlungen, die einen außerordentlich günstigen Verlauf nehmen. Man könne hoffen, daß die Frage durch die Zusammenkunft der Vertreter der indischen und der südafrikanischen Regierungen Ende dieses Jahres in freundschaftlichem Sinne gelöst werde. Die britische Reichskonferenz bezeichnete der Minister als das Bindeglied zwischen allen Teilen des Reiches, das bei der Aufstellung von Richtlinien für eine gemeinsame Reichspolitik von größtem Nutzen sei. Der Vorschlag, zu der Reichskonferenz auch die Vertreter der Opposition der verschiedenen Regierungen zuzulassen, sei verlockend, aber nicht empfehlenswert. Der größte Teil der Beratungen der Reichskonferenz sei politischen Fragen gewidmet, die von Fall zu Fall gelöst werden müßten und für die lediglich die Regierungen die Verantwortung übernehmen könnten. Es wäre jedoch wertvoll, wenn die Konferenzen, deren Erfolg auch von der Zusammenarbeit kommender Regierungen abhänge, Wege und Mittel zur Erlangung einer allgemeinen Zustimmung, und nicht nur der der bestehenden Regierungen finden könnten. Er hoffe, daß sich die Beständigkeit, durch die sich die auswärtige Politik der britischen Regierung auszeichne, auch auf die Reichspolitik erstrecken werde. Die Wirtschaft der Dominien und Kolonien habe sich von den Folgen des Weltkriegs nicht mehr erholt als die des Stammlandes. Die britische Regierung habe daher ihr besonderes Augenmerk auf die Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen dem Stammland und den Dominien gerichtet. Die Maßnahmen darüber würden ebenfalls einen Gegenstand der Beratungen der Reichskonferenz bilden. Ueber die Frage der Reichsvorzugszölle wolle er nicht sprechen. Er habe seine eigenen, festen Ansichten darüber und zweifle nicht, daß die Frage gelöst werden könne, wenn man den Mut finden werde, sie in Angriff zu nehmen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 2. August.

Achtet auf Tierquäler!

In erfreulicher Weise hat sich das Gewissen der Öffentlichkeit in Sachen des Tierschutzes wieder geschärft. Es gab mal eine Zeit für uns, wo jeder mit sich selbst so viel zu tun hatte, daß er meinte, nicht auch noch auf Schutz und Fürsorge für Tiere achten zu können. Heute leben wir, trotz Arbeitslosigkeit, deren Gespenst durch Dörfer und Städte geht, doch wieder menschenwürdig, und kein Mensch darf sich seiner Pflicht gegen die hilflose Kreatur entziehen. Rohe Geschirrführer lassen es sich gern zur Lehre dienen, wenn sie bei Mißhandlungen von Pferden energisch angefaßt werden. Ich hörte dieser Tage, daß ein Kind zu solchem Rohling hinging und ihm sagte, er dürfe die Tiere nicht schlagen, erst solle er nachsehen, ob kein Stein vor den Rädern läge. Das Kind hatte in der Schule eine Schrift vom Tierschutzverein bekommen und darin eine ähnliche Geschichte gelesen, es besaß Mut genug, nun selber einzugreifen. Der Schutz unserer Nester sollte unserer Jugend besonders ans Herz gelegt werden, und der achtsame Tierfreund wird von sich aus hundert Gelegenheiten finden, unnütze Quälerei der Tiere zu verhindern.

Die Beisetzung Dr. Jacobsons.

Geständnis und Selbstmordversuch des Mörders.

Die irdische Hülle des ermordeten Direktors der Zuckerfabrik Culmsee, Dr. Jacobson, ist auf seinem Landgut Tragheim bei Tiegenhof beigesetzt worden. Vor der Ueberführung hat eine Leichensektion stattgefunden.

Der Mörder befindet sich im Gerichtsgefängnis in Culmsee und hat, von seinem Gewissen gepeinigt, in der Zelle versucht, sich durch Erhängen mit einem Handtuch das Leben zu nehmen. Der Gefängniswärter fand ihn bei einer Zellenrevision bei der Ausführung seines Vorhabens und konnte ihn noch im letzten Augenblick daran hindern.

Wie dem „Kurjer Pozn." berichtet wird, war der Täter aus wichtigen Gründen seinerzeit aus dem Fabrikdienst entlassen worden und sollte nun seine Dienstwohnung räumen. Diese Aussicht scheint den Groll des Mannes noch erheblich verstärkt zu haben. Die Mordwaffe wurde in einer Kammer seiner Wohnung, unter Kleidern versteckt, vorgefunden. Der schwerverletzte Direktor hat noch selbst Sielski als den Täter bezeichnen können. Sielski soll ausgesagt haben, daß er auf einer Bank am Teich gesessen hatte, um sich selbst das Leben zu nehmen, da wäre der Direktor vorbeigekommen und er habe, vom Rachedrang plötzlich erfüllt, die Waffe gegen seinen früheren Brotgeber gerichtet. Die Frau des Ermordeten befand sich zur Zeit der Tragödie außerhalb des Wohnsitzes zur Erholung, und auch Dr. Jacobson war kurz vorher von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt, um für die bevorstehende Kampagne die Vorbereitungen zu treffen.

Welcher Wertschätzung sich der Tote in allen Kreisen ohne Unterschied der Nationalität und sozialen Klasse erfreute, geht aus den Nachrufen hervor, die die polnischen Behörden dem Verstorbenen gewidmet haben. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Culmsee heben hervor, daß er ihnen ein Vorbild der Gewissenhaftigkeit und des bürgerlichen Pflichtbewußtseins gewesen sei, der mit den Armen und Elenden zu fühlen verstand, ein wahrer Beschützer der armen Bevölkerung der Stadt, die er während seines ganzen Daseins in Culmsee materiell reichlich unterstützt habe. Der Nachruf schließt mit den Worten: „Seinen tragischen Tod beweinen alle Bewohner, die die Güte seines Herzens an sich gefühlt haben, sowie alle, die ihn näher kannten." — Die Armendeputation der Stadt beklagt den Verlust ihres „größten und edelsten Wohltäters", der mit offener Hand seine Hilfe lieh. — Der Verband der westpolnischen Zuckerindustrie rühmt die hohen Verdienste des Heimgegangenen um die Verwaltung des größten Zuckererzeugungswerkes Polens und die Organisation der Zuckerindustrie, die ihn in die Reihe der allertüchtigsten Fachleute stellten. Dank seiner hohen Fähigkeiten, seines tiefen Wissens, der Unantastbarkeit seines Charakters und seiner Gesinnung habe er die denkbar höchste Anerkennung und Achtung besessen, sowie die tiefe Sympathie aller, die durch die Arbeit oder Bekanntschaft mit ihm verbunden waren. Auch die Hofarbeiter der Zuckerfabrik beklagen, daß sie „durch ein abscheuliches Verbrechen ihren ehrwürdigen Brotgeber und besten Beschützer verloren haben".

✕ **Ein weiterer Ausbauplan** des Magistrats besteht in der Einführung von Orientierungslaternen, wie sie schon in anderen Städten Polens vorhanden sind. Der Plan ist aber, wie verlautet, auf den Widerstand des Hausbesitzerverbandes gestoßen, so daß die Errichtung der Laternen, die in den Stadtwappenfarben gehalten sein sollen, wohl von freiwilligen Abkommen abhängen wird.

✕ **Der Magistrat baut** für die Handwerkerjugend neben dem neuen Gebäude in den Wały Jagiełły ein Ledigenheim für ungefähr 150 Personen. Der Kostenanschlag beläuft sich auf 383 000 zł. Der Bauplan sieht 141 Zimmer vor. Das Heim wird Badegelegenheit mit 5 Wannenbadkabinen und 10 Brausebadzellen bieten.

✕ **Einen mehrwöchigen Urlaub** angetreten hat der Direktor der städtischen Feuerwehr, Herr Kiejdacz; ihn vertritt Brandmeister Schwarz.

✕ **Gestorben** ist am 28. v. Mts. der Lehrer am Berger-Realgymnasium Bolesław Jan Borzeszkowski.

✕ **Den Bau von Reklamekiosken** will der Magistrat noch in diesem Jahre in Angriff nehmen. In drei verschiedenen Größen sollen sie in Eisenkonstruktion und Glas zur Ausführung kommen. Auf einer der Scheiben, die Reklamezwecken offen stehen werden, soll in der Nacht ein erleuchteter Stadtplan der Orientierung dienen. Nach Elektrisierung der Uhren Posens will man die Kioske, die für 14 Punkte vorgesehen sind, mit wirkungsvollen Uhren krönen.

✕ **Gegen die Auflösung des Kreises Witkowo** wird in einer umfangreichen Denkschrift energischer Einspruch erhoben. Der Einspruch ist mit einer großen Anzahl von Argumenten begründet.

✕ **Berichtigung.** Die Apotheke „Fortuna" des Herrn Apothekers Bock ist nicht an den Kaufmann, sondern an den Apotheker Konrad Drecki verkauft worden.

✕ **Wochenmarktpreise.** Auf dem heutigen Montag-Wochenmarkt kostete das Pfund: Speck 1,70—1,80, Schweinefleisch 1,50—1,70, Rindfleisch 1—1,50, Kalbfleisch 1,20, Hammelfleisch 1,10—1,20, Talg 1,50—2, Schmalz 2,80, Butter 2,50—3; Eier 2,30 die Mandel, Milch 32 und Buttermilch 16 gr das Liter; Kartoffeln 5 gr das Pfund, Gurken 40—50 gr die Mandel, Bohnen 15—25, Pilze 30—40, Birnen 20—35, Aepfel 20—30 gr, Tomaten 1,30, Aprikosen 1,50, Pflaumen 0,50—0,60 zł das Pfund.

✕ **Von einem Wagen überfahren** wurde in der ul. Traugutta (fr. Flottwellstr.) der Kaźmierz Milawski. Er mußte ins städtische Krankenhaus gebracht werden, da er das rechte Bein gebrochen hatte. Die Schuld an dem Unglück trifft ihn selbst.

✕ **Eine Ladendiebin.** Eine gewisse Pelagia Bilińska wurde am Sonnabend in dem Augenblick festgenommen, als sie in dem Geschäft in der ul. Nowa 3 (fr. Neue Str.) ein 30 Meter langes Stück Popeline im Werte von rd. 200 zł stehlen wollte.

✕ **Gestohlen** wurden: in der ul. Długa 18 (fr. Langen Str.) aus einem Geschäft drei Elfenbein-Billardbälle; vom Boden des Hauses Kwiatowa 3 (fr. Blumenstr.) verschiedene Tischlerwerkzeuge im Werte von 40 zł; durch Einbruch in einen Laden in der ul. Szewska 20 (fr. Schuhmacherstr.) verschiedene Seifen, 60 Tafeln Schokolade, 55 deutsche Mark, 20 Mark in Gold und 15 zł im Gesamtwerte von 460 zł, die Diebe sind anscheinend gestört worden, da das Paket mit der Seife und der Schokolade im Hofe gefunden wurde, während das Geld fehlt; vom Boden des Hauses in der ul. Słowackiego 29 (fr. Karlstr.) eine ganze Schlafzimmereinrichtung in Eiche, außerdem Küchenmöbel, weiß lackiert, im Werte von 1000 zł; in der ul. Wyspiańskiego 17 (fr. Hardenbergstr.) wurde in die Wohnung einer gewissen Frau Jerbińska eingebrochen, doch konnte noch nicht festgestellt werden, was gestohlen wurde, da die Wohnungsinhaberin irgendwo ihre Sommerferien verbringt.

✕ **Der Wasserstand der Warthe** betrug hier heut, Montag, früh + 0,88 Meter, gegen + 0,84 Meter Sonntag früh.

---

* **Bromberg,** 31. Juli. Sein 50jähriges Berufsjubiläum beging am gestrigen Tage der Schriftsetzer Richard Wiese. In der Druckerei A. Dittmann ist der Jubilar bereits seit 40½ Jahren beschäftigt. Die Firma überreichte ihm ein namhaftes Geldgeschenk. — Am 20. Juli fand bei Wichert die ordentliche 3. Vierteljahrsversammlung statt, welche u. a. folgende begrüßenswerten Beschlüsse faßte: Die Innungskasse stellt die Summe von 400 zł für nachstehende wohltätige Zwecke zur Verfügung: 100 zł für erblindete Krieger, 100 zł für das Florkanstift, 100 zł für das Josefstift, 100 zł für arbeitslose Bäckergesellen, welche Familienväter sind. Diese Spenden bilden den Ueberschuß vom letzten Bäcker-Verbandstag hier in Bromberg am 4. Juli d. J., zur Deckung dessen Unkosten die Mitglieder der hies. Bäckerinnung sich ein ganzes Jahr freiwillig besteuert hatten. Außerdem wurde auf der Versammlung beschlossen, einem alten Kollegen (Ehrenmitglied), der 73 Jahre alt und ohne Existenz ist, eine monatliche Beihilfe zu gewähren, und zwar 30 zł aus der Innungskasse und 25 zł aus der Kasse der hiesigen Bäckergenossenschaft.

* **Kostschin,** 2. August. Vor einigen Tagen entstand im Gehöft des Landwirts Przybyła in Brzóski bei Kleszczewo Feuer, das sämtliche Wirtschaftsgebäude, alles tote und lebende Inventar und die gesamte bereits eingefahrene Roggen- und Gerstenernte vernichtete. Przybyła war sehr niedrig versichert, so daß er großen Schaden erleidet.

* **Lettberg, Kreis Gnesen,** 31. Juli. Am 18. Juli konnte der Landwirt Herr Ludwig Hildebrandt und seine Ehefrau Karoline geb. Richter das seltene Fest der goldenen Hochzeit begehen. In noch voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit haben sie im Kreise von Kindern, Enkelkindern, Verwandten und Freunden den Festtag verlebt. Bei der kirchlichen Feier im Gotteshause überreichte der Ortspfarrer dem Jubelpaar, im Beisein von Vertretern der kirchlichen Körperschaften und vieler Gemeindemitglieder den Glückwunsch und das Gedenkblatt des Evangelischen Konsistoriums mit der Unterschrift des Herrn Generalsuperintendenten D. Blau.

* **Neustadt,** 29. Juli. Die Pfarrkirche hat sich als zu klein erwiesen und soll erweitert werden. Hierzu wird eine Anleihe von 100 000 zł von der Gemeinde Oxhöft erhoben werden, die ansehnliche Summen vom Staate für abgetretenes Hafenbaugelände erhalten hat. Die Bedingungen sollen für die Kirchengemeinde günstig sein.

* **Thorn,** 29. Juli. Auf einer Berichterstattungsversammlung der sozialdemokratischen Stadtverordneten im Saale der „Concordia" kam nach dem „Konitzer Tagebl." zur Sprache, daß verschiedene Magistratsbeamte städtische Gelder veruntreut haben sollen. Die Rednerin, Stadtv. Domańska, erzählte sensationelle Geschichten über die Führung verschiedener Ressorts im Magistrat. Hoffentlich erhält die Bevölkerung baldige Aufklärung.

* **Wollstein,** 29. Juli. In Klein Grojec ertranken vor einigen Tagen die 11- und 13jährigen Söhne des Schneidermeisters Walkowski, letzterer beim Rettungswerk seines jüngeren Bruders. — In Obra ertrank gestern der Sohn des Dachdeckers Duszczak. — In der kürzlich hierselbst stattgefundenen Generalversammlung des deutschen Wahlvereins erstattete der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht für die letzten beiden Geschäftsjahre. Es wurde beschlossen, den Jahresbeitrag von 2 zł auf 1 zł zu erniedrigen, so daß jedem deutschen Wähler die Möglichkeit geboten wird, Mitglied zu werden. Der alte Vorstand wurde mit Ausnahme der durch Verzug notwendigen Neuwahlen wiedergewählt. Eine allgemeine Aussprache über die bevorstehenden Kreistagswahlen, über besondere Kreisangelegenheiten und Wünsche der Wählerschaft schloß sich an. Es wurden die Kreistagsvertreter beauftragt, über die schlechten Wegeverhältnisse, über die vielfach Klage geführt wurde, in der Kreisversammlung vorstellig zu werden. Allgemeinen Protest fand die polizeiliche Ueberwachung der Versammlung, da die Versammlung als geschlossener Verein tagte und daher auf Grund des Reichsvereinsgesetzes eine Ueberwachung nicht zulässig ist. Eine Entscheidung wird an maßgebender Stelle eingefordert werden. — An demselben Tage fanden in Kirchplatz Borui und in Neutomischel Berichterstattungsversammlungen durch den Sejmabgeordneten Domherrn Klinke in Posen statt, welche durchweg sehr stark besucht waren und mit regem Interesse und zustimmendem Beifall die Ausführungen des Referenten aufnahmen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Białystok,** 27. Juli. Hier erschoß sich der Polizist Jan Motoszko mit einem Revolver. Die Ursache der Verzweiflungstat soll in Familienzwistigkeiten zu suchen sein.

* **Brzeziny,** 29. Juli. Der Landwirt Antoni Kornowski in Kamien hatte die 12jährige Zenona Kozłowska als Hirtin angenommen. Das Mädchen wurde von dem Bauern und dessen Frau unmenschlich behandelt. Für das geringste Vergehen wurde es blutig geschlagen. So geschah es auch vorgestern: das Mädchen wurde verprügelt und in eine Kammer gesperrt. Da entstand in dem kleinen mißhandelten Kinde ein Racheplan. Es schlich sich aus dem Hause, eilte in die Scheune und zündete hier das Heu an. In wenigen Augenblicken stand das ganze Gebäude in hellen Flammen. An eine Rettung war nicht zu denken. Dem Feuer fielen das Anwesen des Kornowski und noch drei benachbarte Scheunen und ein Haus zum Opfer.

Sport und Spiel.

Die zweite Revanche nahm „Warta" gestern gegen die Warschauer „Polonia". Zum größten Teile haben die Posener den Sieg der vortrefflichen Angriffsführung von Staliński zu verdanken, der sich augenblicklich für die Auswahlmannschaft gegen Finnland sehr eignet. Die Ueberlegenheit der Wartaer, die wieder ihren guten Tag hatten, geht schon aus dem hohen Eckenverhältnis von 12 : 3 hervor. Bei den Warschauern war der linke Flügel gefährlich, während der rechte von Wojciechowski recht gut im Schach gehalten wurde und nicht zur Geltung kommen konnte. Besonders gefielen die prächtigen Abwehrstöße Bukanows. Der schwächste Punkt der Grünen war Szubert, der jetzt eine Krise durchzumachen scheint. Während der Torwächter der Gäste viermal kapitulieren mußte, brauchte Fontowicz nur zwei Bälle aus dem Netz zu holen. Schiedsrichter Hauptmann Baran.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 2. August. Wegen Wohnungswuchers verurteilte das Bezirksgericht als Berufungsinstanz den Hausbesitzer Rażny, ul. Fabryczna 21 (fr. Fabrikstr.) zu 300 zł Geldstrafe, indem es das Urteil der ersten Instanz bestätigte. — Wegen wissentlichen Meineides verurteilte das Gericht den Kaufmann Antoni Stelmachowski aus Buk zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Verurteilte bewarb sich um eine Dame gleichen Namens, aber mit negativem Erfolg. Um diese seinen Wünschen gefügig zu machen, verbreitete er über sie falsche, ehrenrührige Gerüchte und beschwor seine Verleumdungen vor Gericht. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Wettervoraussage für Dienstag, 3. August.

= **Berlin,** 2. August. (R.) Zeitweise bewölkt ohne nennenswerte Niederschläge. Temperaturen wenig verändert.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

E. W. in P. Die Geschäftsstelle der Westpolnischen Landw. Gesellschaft befindet sich in Poznań, ul. Franciszka Ratajczaka 39.

Die polnische Handelsbilanz

ist auch im Juni aktiv gewesen, und zwar mit 76 612 000 zł bei einem Einfuhrwert von 123 513 000 zł und einem Ausfuhrwert von 200 125 000 zł. In Goldzłoty umgerechnet beläuft sich die Einfuhr demnach auf 63 482 000, die Ausfuhr auf 102 867 000 Goldzłoty, woraus sich ein Aktivsaldo von 39 385 000 Goldzłoty ergibt. Nach den vom offiziösen „Przemysł i Handel“ in Dollars angegebenen Werten ermöglicht sich für die Monate Mai und Juni folgender Vergleich. Die Einfuhr stieg im Juni von 10 084 000 Dollar auf 12 250 000, die Ausfuhr von 17 234 000 auf 19 849 000 Dollars. Das Aktivum zeigt eine Zunahme von 7 150 000 auf 7 599 000 Dollar. Aus der steigenden Tendenz der Einfuhr gegenüber Mai geht deutlich hervor, daß sich die scharfe Drosselung des Imports auf die Dauer nicht aufrecht erhalten läßt. Die Erhöhung der Ausfuhr ist auf die günstige Konjunktur für Kohle und Naphthaprodukte zurückzuführen. Bekanntlich führt Polen gegenwärtig größere Mengen Kohlen nach England und den baltischen Ländern aus, was ja durch den englischen Kohlenstreik bedingt, aber nur eine vorübergehende Erscheinung ist. So sind im Juni insgesamt an Brennmaterialien 1 127 205 t im Werte von 46 504 000 zł ausgeführt worden, wovon auf Kohle und Koks 1 088 933 t im Werte von 34 222 000 zł entfallen, auf Petroleum 10 264 t im Werte von 2 384 000 zł, auf Benzin 5 662 t im Werte von 3 107 000 zł, auf Motoröle 7 835 t im Werte von 1 382 000 zł und auf Schmieröle 5 878 t im Werte von 2 155 000 zł. Gegenüber dem Vormonat ist der Kohlenexport um 66, die Petroleumausfuhr um fast 100% gestiegen. Fast 38% der gesamten Ausfuhr bilden Nahrungsmittel, die einen Ausfuhrwert von 61 039 000 zł erreichten gegenüber 62 456 000 zł im Mai und 62 514 000 zł im April. Hiervon entfallen auf Weizen 500 t im Werte von 217 000 zł, Roggen 19 424 t im Werte von 6 486 000 zł, Hafer 8 193 t im Werte von 2 976 000 zł, Gerste 7 653 t im Werte von 2 956 000 zł. Gegenüber dem Vormonat hat die Eierausfuhr zugenommen und belief sich auf 21 618 000 zł, die Fleischausfuhr auf 6 934 000 zł und die Zuckerausfuhr auf 7 026 000 zł. An Butter wurden 834 t im Werte von 3 587 000 zł exportiert. Eine gewisse Zunahme weist auch der Export von Vieh auf. Er erreichte einen Wert von 12 254 000 zł. Die Ausfuhr von Holz und Holzmaterialien nimmt schon seit einigen Monaten ab. Während sie sich im Mai noch auf 33 Millionen belief, betrug sie im Juni nur 31 962 000 zł. Dabei hat sich der Export von Rohholz gesteigert, dagegen die Ausfuhr von bearbeitetem Holz nachgelassen. Die Ausfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen zeigt eine fast 10 prozentige Verringerung im Vergleich zum Vormonat, da nur 18 750 t im Werte von 20 749 000 zł exportiert werden konnten. Besonders nahm die Ausfuhr von Zink, Zinkblech ,Eisenblech und Roheisen ab, dagegen stieg der Export von Blei, Eisenröhren, Eisen und Stahl. Eine fast 30 prozentige Erhöhung gegenüber Mai hat die Gruppe der Textilmaterialien und -Erzeugnisse aufzuweisen. Hiervon wurden ausgeführt für 12 950 000 zł. Besonders stieg die Ausfuhr von Baumwollwaren, und zwar von 1 830 000 zł auf 4 413 000 zł. Der Export von Wollgeweben wuchs von 1 071 000 auf 1 917 000 zł. Dagegen ist die Ausfuhr von Wolle und Wollgarn zurückgegangen. Von der gesamten Einfuhr entfällt über ein Drittel auf Textilmaterialien und-Erzeugnisse mit 7 677 t im Werte von 45 511 000 zł. Hiervon entfallen auf Baumwolle 5 095 t im Werte von 24 245 000 zł, auf Wolle 1 072 t im Werte von 8 705 000 zł, auf Baumwollgarn 129 t im Werte von 2 149 000 zł usw. Die zweite Stelle in der Einfuhr nehmen Nahrungs- und Genußmittel ein mit einer Menge von 15 272 t und einem Wert von 18 802 000 zł. Die wichtigsten Positionen sind: Tabak mit 4 125 000 zł, Kaffee, Tee, Kakao mit 5 108 000 zł, Reis mit 1 964 000 zł und Speisefette mit 1 517 000 zł. Die Einfuhr von tierischen Produkten hat sich auf dem Niveau des Vormonats erhalten und belief sich auf 7 139 000 zł. Die Einfuhr von Zinkerzen ist fast auf das Doppelte gestiegen, die von Eisenerzen hat abgenommen. Eine beträchtliche Verringerung zeigt auch die Einfuhr von Kunstdünger und von Maschinen. Für das erste Halbjahr 1926 zeigt der polnische Außenhandel einen Gesamtumsatz von 1 565 207 000 zł, wovon auf die Einfuhr 596 638 000 zł, auf die Ausfuhr 968 569 000 zł entfallen. Es ergibt sich demnach ein Aktivum von 371 931 000 zł.

Die Krise der Warschauer Handelsbank. Wir berichteten bereits über den Verlustabschluß der Bank Handlowy in Warschau. Hierzu erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Handelsbank, an deren Spitze die bedeutendsten und angesehendsten Finanzmänner Polens, wie die Barone Kronenberg, stehen, hatte vor dem Kriege ein Anlagekapital von 20 Millionen Rubel. Heute ist das A.-K. auf 10 Millionen Złoty bei 2½ Millionen Reserven reduziert und in der G.-V. wurde beschlossen, das gesamte Anlagekapital unter Einziehung der Reserven, auf insgesamt Złoty 7½ Mill. herabzusetzen. Von den 1750 Beamten der Bank sind erneut 750 abgebaut worden (i. J. 1920 hatte die Bank, die Filialen im ganzen Lande unterhielt, nicht weniger als 3000 Beamte). Der Złotysturz hat nach Mitteilung in der G.-V zu starken Zurückziehungen der Einlagen geführt, die von Złoty 48 Mill. vor Beginn des Złotyrückgangs im August nun auf 12 Mill. (entwerteter!) Złoty gefallen seien. Obwohl der Umsatz auf Złoty 5498 Mill., also um 56 % gestiegen sei, habe man doch einen Verlust von 5,5 Mill. zu beklagen, der eben durch Zusammenlegung des Kapitals wettgemacht werden soll. Aus den Bilanzen der Bank ihren wahren Stand zu erkennen, ist unmöglich, so z. B. wieweit in dem ausgewiesenen Immobilienbesitz von 10 Mill. nutzbringender Besitz (Zinshäuser usw.) oder eigene Verwaltungsbauten enthalten sind. Überhaupt haben viele Banken darunter zu leiden, daß sie während der Inflation in allzugroßem Maßstabe Immobilien ankauften, die sich dann, als die unerhörte Geldknappheit nach der Valutareform eintrat, nicht realisieren ließen. Auch die Undurchsichtigkeit der Bilanzen bildet eine Eigenschaft der meisten polnischen Banken. Auch der Wert der 4,4 Mill. Beteiligungen kann von außen nicht nachgeprüft werden. Die Ursachen des Niedergangs der Bank sind zwar in erster Linie in der Panikstimmung zu suchen, die mit dem Sturz des Złoty eintrat. Damals ist die Regierung den Hauptbanken in der Zeit des größten Runs auf die Banken zu Hilfe gekommen; aber man hat nie genau erfahren, bis zu welcher Höhe und inwieweit die Bank dem Staatsschatz gegenüber verpflichtet war, und auch nicht ob und welche Verluste das Finanzministerium zu erleiden hat. Auch anderes ist unklar geblieben, so die Rettungsversuche durch die Mailänder „Banca Commerciale“, die die Mehrheit der Aktien erworben haben soll, jedenfalls aber ihren eigenen Vertrauensmann in die Bankleitung delegierte, wofür sie für Doll. 2 Mill. auswärtige und inländische Schulden der Bank übernommen haben soll. Auch die üblichen Veruntreuungen fehlten nicht und ebensowenig die große Verschwendung für die prunkvolle Herrichtung des Bankpalastes in Warschau, wie auch die Überlastung mit wenig rentierenden und kostenreichen Filialen. Der größte Teil der Filialen ist nun abgebaut worden, und man hat den erfahrenen Finanzpolitiker und bisherigen Vizeminister im Handelsministerium, Gliwic, in den A.-R. gewählt, aber der scharfe Rückgang dieser einst so einflußreichen Bank scheint unaufhaltbar.

Märkte.

Getreide: **Warschau**, 31. Juli. Bei schwacher Tendenz wurden für 100 Kilo Roggen Vollgewicht (neu) franko Verladestation 26.50, franko Warschau 28 notiert. Für alten Weizen 128 f. hol. verlangte man 41 Złoty. Für Hafer 32, Braugerste 29 bis 30, gewöhnliche Gerste 26—27.

Danzig, 31. Juli. Amtliche Notierung unverändert. Zufuhr: Roggen 75, Gerste 65, Erbsen 75, Kleie und Ölkuchen 15 t.

Hamburg, 31. Juli. Notierung von Auslandsgetreide für 100 Kilo cif in hfl. Weizen, Manitoba I. 17.30, II. 16.95, III. 16.50, Rosafe 73 Kilo loco 15.37½, Barusso 76½ Kilo 15.75, Hardwinter II 15.35, Gerste: feste Tendenz. Roggen: fest. Western Rye I. 11.60, Mais und Hafer unverändert.

Berlin, 2. Aug. Getreide- und Ölsaaten für 100 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. **Weizen:** märk. —.—, pomm. —.—, Sept. 272.50—272.00, Oktober 271.50—271.00, Dez. 275—277, **Roggen:** märk. alt u. neu 190—195, Sept. 206.50, Okt. 209.00, Dezember 211.00 **Gerste:** Sommergerste 190.00—205.00, Futter- u. Wintergerste —.—, neue 162—170, **Hafer:** märk. 196 bis 206, Juli —.— Sept. —.—, Okt. —.—. **Mais:** loco Berlin 176—184, Waggon frei Hamburg —.—. **Weizenmehl:** fr. Berlin 38.50—40.50. **Roggenmehl:** fr. Berlin 27.25—28.75. **Weizenkleie:** fr. Berlin 10.25—10.50. **Roggenkleie:** fr. Berlin 11.10—11.40. **Raps:** 355—360. **Leinsaat:** —.—. **Viktoriaerbsen:** 34.00—38.00. **Kleine Speiseerbsen:** 28.00—32.00. **Futtererbsen:** 21.00—25.00. **Peluschken:** 27.00—28.50. **Ackerbohnen:** 23—26.00. **Wicken:** 32—35. **Lupinen:** blau 15.50—17.50. **Lupinen:** gelb 20.00—21.50. **Seradella:** neue —.—. **Rapskuchen:** 14.40—14.50. **Leinkuchen:** 19.00—19.30. **Trockenschnitzel:** 10.80—11.10. **Soyaschrot:** 20.40 bis 20.90. **Torfmelasse:** —.—. **Kartoffelflocken:** 23.50—24.00. **Katroffeln:** weiss —.—. gelb —.—, Rosenwald —.—. — **Tendenz für Weizen:** etwas besser, **Roggen:** stetig, **Gerste:** ruhig, **Hafer:** ruhig, **Mais:** stetig.

Produktenbericht. Berlin, 2. August. (R.) Die Cifforderungen für Hardwinter waren leicht ermäßigt. Der Weizenmarkt zeigt jedoch eine ziemlich feste Haltung Weizen, neue Ernte, bis Augustlieferungen unverändert, angeblich des nicht großen Weltabsatzes wegen das Geschäft in nur geringem Umfange. Lieferungspreise stellten sich bei Eröffnung um 50 Pf. niedriger. Dezember hatte gegen Oktober den Rekord von 8½ Mark. Roggen ist in sofortiger Lieferung befragt und 1 Mark höher, bei Forderungen für August-Lieferungen unverändert. Dies Material fand wenig Beachtung. Der Roggenliefermarkt ist höher, worauf nicht zuletzt die Gerüchte, daß die Getreidehandelsgesellschaft ihre Tätigkeit aufgenommen hat, oder in allernächster Zeit aufnehmen wird, Einfluß ausüben. Weizen- und Roggenmehl sind bei geringen Umsätzen unverändert. Hafer und Gerste waren am Markt ziemlich unverändert.

Chikago, 30. Juli. Schlußbörse. In Cents für ein Bl. Weizen, Redwinter II. loco 148, Hardwinter II. loco 147.75, Juli 147⅛, September 144⅜, Dezember 148,25, Mais, gelb II. loco 86, weiß II. loco 86, gemischt II. loco 85,25, für Juli 76.75, September 85, Dezember 87⅜, Roggen II. loco 111—110.25, für Juli 106.25, September 107,25, Dezember 111½, Hafer, weiß II. loco 45, Juli 48⅞, September 43⅜, Dezember 46⅜, Gerste Malting loco 68 bis 75. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Vieh und Fleisch. Warschau, 31. Juli. Für Pirma-Ochsen wurden 1.— zł, für minderwertige 0.80 zł, für 1 Kilo Lebendgewicht loco Schlachthof bezahlt. Für Kälber wurden bei schwacher Tendenz 1.10 zł für 1 Kilo notiert. Verkauft wurden insgesamt 661 Schweine, davon 18 Stück zu 2.45, 149 Stück zu 2.40—2.35, 122 Stück zu 2.30 und 147 Stück zu 2.25—2.20, 91 Stück zu 2.15 bis 2.10, 6 Stück zu 2.05, 62 Stück zu 2.00 zł und 67 Stück zu 1.90—1.60 zł.

Metalle. Warschau, 31. Juli. Das Handelshaus A. Gepner gibt folgende Richtpreise: am Warschauer Markt in Halbfabrikaten, für 1 Kilo in Złoty an: Aluminiumblech 8.60, Zinkblech 2.00 Zinkdraht 5.—, Aluminiumdraht 12, Kupferblech 4.50, Abfälle 5.40, Messingblech 4.30, Messingdraht 4.50, Abfälle 4.— zł. Die Vertretung der Friedenshütte Wdowinski notiert Rohguß Nr. II mit 200 zł, pro Tonne loco Station Neu-Beuthen.

Berlin, 31. Juli. Elektrolytkupfer, sofortiger Lieferung cif Hamburg-Bremen oder Rotterdam (für 100 Kilo) 136.75, Raffinadekupfer 99—99,3% 1.24—1.25, Standardblei 0.66.25—066.75, Silber mind. 0.900 fein in Barren 88—89 Mark für 1 Kilo, Platin im fr. Verkehr 12.75—13.75 für 1 Gramm.

Baumwolle. Bremen, 31. Juli. Notierungen in amerik. Cents für 1 engl. Pfund (453 Gramm) amerik. Baumwolle loco 20.20, September 18.85, Oktober 18.61—18.56, Dezember 18.46 bis 18.42, Januar 1927 18.44—18.41, März 18.56—18.55, Mai 18.67 bis 18.63. Tendenz ist ruhig. Erste notierte Ziffer bedeutet Einkauf, die zweite Verkauf, die dritte Geschäft.

Wochenbericht aus Danzig.

(Von unserem Danziger Berichterstatter).

Danzig, den 31. Juli 1926.

Die **Bank von Danzig** hat überraschenderweise mit Wirkung ab 29. Juli ihren Diskontsatz erneut herabgesetzt, und zwar von 6½ auf 5½ %. Ob diese Maßnahme die angestrebte Auffüllung des Wechselportefeuilles der hiesigen Notenbank zur Folge haben wird, bleibt abzuwarten. Zu bedenken ist jedenfalls, daß der geringe Wechselbestand nicht allein auf den bisherigen Diskontsatz zurückzuführen ist, sondern zu einem guten Teil auch darauf, daß infolge der mißlichen Wirtschaftslage nicht genügend Wechselmaterial am Platze vorhanden ist, das den statutenmäßigen Anforderungen der Bank von Danzig genügt. Beachtenswert erscheint weiterhin, daß durch die erneute Diskontermäßigung der Diskontsatz der deutschen Reichsbank unterschritten wird und, da einer Diskontherabsetzung automatisch eine entsprechende Herabsetzung der Bankzinssätze zu folgen pflegt, hierdurch die Möglichkeit entsteht, daß sich das deutsche Bankkapital aus Danzig zurückzieht.

An der **Devisenbörse** lag der Złoty verhältnismäßig stabil. Złotynoten stellten sich am 30. Juni auf 56,43 G. Dollarnoten lagen im Freiverkehr bei 5,12¼ G. An der **Effektenbörse** notierten Bank von Danzig-Aktien 104,50%, Danziger Privatbankaktien 70%, Danziger Hypothekenbankpfandbriefe Ser. I bis IX 96%, Ser. X bis XIV 95,50 %, 5 % Danziger Roggenrentenbriefe 7 G., 5% Danziger Goldanleihe 4,40 G. und 4% Danziger Stadtanleihe von 1919 42 G. Im Effektenfreiverkehr nannte man Posener landschaftliche Vorkriegspfandbriefe mit 17 G.

In der Berichtswoche veröffentlichte die Internationale Bank A.-G. (Aktienkapital 1,5 Mill. Gulden) ihren Geschäftsbericht für 1925. Das Institut erzielte einen Bruttogewinn von 288 078 G., dem 30 021 G. für Verluste auf Wechsel und Devisen, 270 709 G. für Geschäftsunkosten und Steuern und 151 051 G. für Abschreibungen und Rückstellungen gegenüberstehen. Es ergibt sich mithin ein Verlust von 163 703 G., der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Weiterhin veröffentlichten ihre Geschäftsberichte die Continentale Bau-A.-G. (Reingewinn 29 908 G.) und die „Polski Glob“, Transport- und Lagerhaus-A.-G. (Verlust 8 179 G.).

Im **Holzzhandel** ging das Angebot von polnischem Schnittmaterial zurück. Verlangt wurde von Danziger Seite gleichmäßig Kiefern- und Tannenholz. Die für beide Sorten bezahlten Preise schwankten zwischen Pfd. St. 9,2,— und Pfd. St. 9,10,— pro Std. franco Waggon Danzig. In der Zeit vom 1. bis 20. Juli betrug die Holzzufuhr nach Danzig 290 Waggons pro Tag. — Im **Zuckerhandel** war die Marktlage nicht wesentlich verändert. — Im **Heringshandel** wurden für englische Sorten durchschnittlich Pfd. St. 2,15,— pro Faß bezahlt.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen gestaltete sich weiterhin recht lebhaft. In der Zeit vom 24. bis 30. Juli liefen insgesamt 127 Schiffe ein, hiervon 86 leer und 21 mit Stückgut. Ausgelaufen sind in der gleichen Zeitspanne 111 Schiffe, hiervon 17 mit Stückgut, 39 mit Kohlen, 20 mit Holz und 9 mit Getreide.

Der **Gesamteigenhandel** Danzigs, d. h. die gesamte Ein- und Ausfuhr unter Ausschluß der Durchfuhr über die geographischen Grenzen Danzig-See und Danzig-Deutschland weist im Mai gegenüber dem vorhergehenden Monat einen Rückgang der Einfuhr von 25,2 Mill. Gulden auf 21,5 Mill. Gulden und eine Steigerung der Ausfuhr von 32,7 Mill. Gulden auf 36,6 Mill. Gulden auf. Eingeführt wurden u. a. für 1,5 Mill. Gulden Werkzeuge und Maschinen und für 0,87 Mill. Gulden Heringe, ausgeführt wurden für 9,3 Mill. Gulden Holz (hiervon für 7,5 Mill. Gulden nach England), für 5,3 Mill. Gulden Getreide, für 5,2 Mill. Gulden Kohlen und für 4,6 Mill. Gulden Zucker.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.

Posener Börse.

	2. 8.	31. 7.		2. 8.	31. 7.
6 list. zboż. Poz. Ziem.			Cegielski I.-IX.	9.00	—.—
Kredyt.........	9.30	9.10	Goplana I.-III.	13.00	13.[illegible]0
	9.50	—	Herzf.-Vikt. I.-III. ...	16.50	—.—
8 dol. listy Poz. Ziem.			Dr. R. May I.-V. ...	33.00	30.[illegible]0
Kredyt.	5.45	5.40		34.00	—.—
	5.50	5.35	Sp. Drzewna I.-VII. .	0.36	0.[illegible]5
Bk. Przemysł. I.-II. .	1.00	1.00	Unja I.-III.	4.75	—.—
Arkona I.-V........	1.70	—	Wytw. Chem. I.-VI...	0.50	0.[illegible]0
Barcikowski I.-VII. .	1.20	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	0.90	0.[illegible]0

Tendenz: fest.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.	2. 8.	30. 7.		2. 8.	30. 7.
Amsterdam .	—	366.25	Paris	23.25	22.[illegible]2
Berlin *) . . .	216.75	217.22	Prag	26.95	26.[illegible]9
London . . .	44.20	44.30	Wien	128.60	—
Neuyork . . .	9.07	9.07	Zürich	175.925	176.[illegible]0

*) über London errechnet. Tendenz: nicht einheitlich.

Effekten:	2. 8.	30. 7.		2. 8.	30. 7.
8% P. P. Konwers.	—	147	Kop. Węgli (Gold).	66.00	63.[illegible]0
5% „	41.75	42.00	Nobel III.—V....	2.85	2.[illegible]0
6% Poż. Dolar ...	65.50	65.50	Lilpop I.—IV.....	0.85	0.[illegible]9
	(584.885)	(594.8)	Modrzejow. I.-VII.	3.25	2.[illegible]5
10% Poż. Kolej. S. I.	143	145.00	Ostrowieckie I.-VII.	6.00	6.[illegible]0
Bank Polski (o. Kup.)	77.00	72.75	Starachow. I.-VIII	1.64	1.[illegible]4
Bank Dysk. I.—VII	—	6.50	Zieleniewski I.-V.	—	11.[illegible]0
B. Handl. W. XI.-XII	2.60	2.20	Żyrardów	9.45	8.[illegible]4
B. Zachodni I.-VI. . .	1.20	1.15	Borkowski I.-VIII.	0.62	—.—
Chodorów I.-VII....	5.85	5.70	Haberbusch i Sch	—	7.40
W. T. F. Cukru	2.65	2.45	Majewski	—	—

Tendenz: fester.

Danziger Börse.

Devisen:	2. 8. Geld	31. 7. Geld		2. 8. Geld	2. 8. Brief	31. 7. Geld	31. 7. Brief
London .	24.995	24.995	Berlin . .	123.322	123.628	122.297	122.603
Neuyork	—	5.1315	Warschau	56.45	56.60	56.45	56.60
Noten:							
London .	—	25.00	Berlin . .	123.297	123.603	—	—
Neuyork	—	5.1397	Polen . .	56.68	56.82	56.45	56.60

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	2. 8.	30. 7.	Devisen (Geldk.)	2. 8.	30. 7.
London	20.392	20.394	Kopenhagen	111.33	111.26
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	91.88	91.88
Rio de Janeiro .	0.543	0.643	Paris	10.78	10.085
Amsterdam......	168.57	168.57	Prag...........	12.422	12.418
Brüssel	11.06	10.57	Schweiz.........	81.17	81.13
Danzig.........	81.61	81.60	Bulgarien	3.035	3.03
Helsingfors......	10.55	10.55	Stockholm	112.26	112.26
Italien	13.70	13.50	Budapest........	5.862	5.872
Jugoslawien.....	7.40	7.39	Wien	59.35	59.35

(Anfangskurse).

Effekten:	2. 8.	30. 7.		2. 8.	30. 7.
Harp. Bgb. . .	154.5	154,5	A. E. G.	145¼	141
Kattw. Bgb .	15⅝	15¾	Görl. Wagg. .	31⅛	30
Laurahütte . . .	60	58	Rheinmet. . . .	29¼	29¼
Obschl. Eisenb .	71¾	—	Kahlbaum . . .	—	—
Obschl. Eis.-Ind.	83	—	Schulth. Patzenh	223¾	217¼
Reichsbank . .	158	158 5	Hapag	156.5	150
Dtsch. Kali . . .	113⅞	113 5	Dtsch. Bk. . . .	172.5	170
Farbenindustrie .	259⅞	254¾	Disc. Com. . . .	160¼	156¼

Tendenz: fest.

Ostdevisen. Berlin, 2. August, 2[30] nachm. Auszahlung Warschau 45.805—46.045, Große Polen 46.11—46.59, Kleine Polen 46.11—46.59 (100 Rm. = 217.18—218.32).

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 2. August, vormittags 12[30] Uhr. (R.) Der glatte Verlauf des Ultimos und die Besserung der Frankenvaluta, sowie die geschäftliche Belebung auf dem Wirtschaftsgebiete haben die Kauflust angeregt. Montanwerte lebhaft. Kurssteigerungen bis zu 8 Prozent. Die Tendenz ist fest.

Die Bank Polski zahlte am 31. Juli für Goldmünzen: für einen Rubel 4.63, Mark 2.14, österr. Krone 1.82, lat. Einheit 1.74, Dollar 9.05, Pfund 43.88, türk. Pfund 39.61, holl. Gulden 3.62, skand. Kronen 2.41, Dukaten 20.61. Ein Gramm Feingold 6.01, für Silbermünzen: Rubel 3.22, altes Geld 2.68, Mark 0.89 Krone 0.77, bis 0.74, lat. Einheit 0.80—0.74, Gulden 1.98—1.79. Ein Gramm Feinmetall 0.179.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 2. August, vorm. 10 Uhr für 1 Dollar (Noten) 8.98 zł, Devisen 9.05 zł, 1 engl. Pfund 44.00 zł, 100 schweizer Franken 175.00 zł, 100 franz. Franken 21.80 zł, 100 Reichsmark 215.40 zł und 100 Danz. Gulden 174.60 zł.

Der Złoty am 31. Juli 1926. (Überweisung Warschau). **Zürich** 56½, **London** 45½, **Bukarest** 24½, **Czernowitz** 24.

1 Gramm Feingold für den 1. und 2. August 1926 wurde auf 6.0348 zł festgesetzt. M. P. Nr. 174 vom 31. Juli 1926). **1 Goldzłoty = 1.752 zł.**).

Dollarparitäten am 2. August in **Warschau** 9.07 zł, **Danzig** 9.15 zł, **Berlin** 9.07 zł.

Die deutschen Mehlzölle ab 1. August. Nachdem am Donnerstag der Reichsrat die Vorlage der Reichsregierung auf ermäßigte Mehlzölle angenommen hatte, beschäftigte sich am Freitag der handelspolitische Ausschuß des Reichstages mit dieser Materie. Nach ausgedehnter Debatte stimmte er unter Ablehnung deutschnationaler Anträge, die mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei höhere Zollsätze einführen wollten, der Regierungsvorlage endgültig zu, so daß sie am 1. August in Kraft treten kann. Sie bringt für Mehl und Müllereierzeugnisse aus Hafer und Gerste einen Zollsatz von 14 Mark und für anderes Mehl und Müllereierzeugnisse einen solchen von 10 Mark pro Doppelzentner. Diese ermäßigten Mehlzölle sollen von der Reichsregierung nur im Einverständnis mit dem Reichsrat und dem zuständigen Reichstagsausschuß außer Kraft gesetzt werden können. Erwähnt sei noch, daß in der Sitzung des handels-Ausschusses auch Anträge der Kommunisten auf Zollfreiheit für sämtliche Mehle gegen die Antragsteller und einige Sozialdemokraten und Anträge der Sozialdemokraten auf Aufrechterhaltung des bisherigen 8-Mark-Zollsatzes für Mehl gegen die gleiche Minderheit abgelehnt wurden.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. August 1926.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	42.00—44.00	Roggenmehl (70%)	43.50
Roggen (neuer) . . .	26.50—27.50	Roggenmehl (65 %)	45.00
Roggen (alter) . . .	27.50—28.50	Wintergerste	24.00—25.00
Roggen auf der Achse über Notiz.		Hafer	28.50—29.50
Weizenmehl (65 %)	65.00—68.00	Roggenkleie	20.50—21.50

Tendenz für Brotgetreide zu sofortiger Lieferung fest, sonst nicht einheitlich.